Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sindt, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 2. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 15.00 Mk., monatlich 5.00 Mk. Beim Kohlenverein Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten viertelj. 16.00 Mk., monatl. 5.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die 6gespaltene Nonpareillezeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.00 Mk. Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 1284 Berlin.

Nr. 167. Magdeburg, Dienstag den 20. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Schlafbursche der Schröder-Mahnke.

Die Schröder-Mahnke ist als Spitzelin in Magdeburg-Anhalt wohlbekannt. Sie machte die große Lebedour-Revolution im Januar 1919 in Berlin. Sie war in Halle recht eifrig tätig, wann immer dort etwas los war. Sie war in Bremen, im Ruhrgebiet und sicher auch in Bayern. Sie war eine „Russin", war eine „Engländerin", sie war unabhängig, kommunistisch und K.A.P.D.istisch, ganz wie es die „Lage" verlangte und wenn sie einen „Führer" aushorchen oder zu „revolutionären" Taten veranlassen wollte, dann

nahm sie ihn zum Bettgenossen.

War das nicht der beste Beweis ihrer wahrhaft revolutionären Gesinnung? Sie hat mit dieser Methode hervorragende Erfolge erzielt und ihre letzte große Tat in Sangerhausen ist noch in frischer Erinnerung.

Lüttwitz, Ehrhardt und ihre Gesellen werden ihr ewig dankbar sein: die Schröder-Mahnke „opferte" immer und überall der Venus und dem Mars, um „Arbeit" für ihre Auftraggeber zu schaffen. Sie hat das Tausendfache von dem geleistet, was jener brave deutschnationale Jüngling in Gotha tat, der Flugblätter, Drohbriefe und Plakate von der „Roten Armee Thüringen" verbreitete, um „das Bürgertum aufzurütteln".

Die Kapitäne und Bolschewistentöter, die Hakenkreuzler und Schwarzweißrote[illegible] Seitens immer bei Schröder-Mahnke [illegible] Gelegenheit [illegible] und Offizierskompanien, Freikorps, Mörder-Studenten in schier unaufhörlicher Fülle ihm entsprießen.

Deutschnationale Pfaffen segneten den Bund, auf daß er heimlich bliebe, bis

das Kindchen „Reaktion"

groß und stark geworden sei. Und es wuchs und gedieh und hat pralle Schenkel und rote Backen.

Man ahnte seit langem, wer die leiblichen Väter sind. Es ging ein schüchternes Raunen durch die Arbeiterschaft, sie wurde helläugiger, sie sprach davon und jetzt nennt man schon einige Namen.

Die Rolle der Schröder-Mahnke vom Januar 1919 in Berlin wurde bekannt, in Halle wurde man nach Sangerhausen über sie klar und endlich besannen sich auch die „Revolutionäre" von Bremen darauf, daß jenes liebliche Wesen während ihrer „großen revolutionären Zeit" in ihrer Mitte geweilt und nach der Tage Last und Mühen den „Räteherren" von Bremen die Nächte gar kurzweilig gestaltet hatte. Sie entsannen sich, wie tatkräftig sie die „Revolution in Wilhelmshaven weitertrieb", wo sie sogar im 21er Ausschuß vertreten war.

Das Bremer unabhängige Organ, die „Arbeiter-Zeitung", hatte dieser Tage einen

Enthüllungsfeldzug

gegen die Schröder-Mahnke und ihre Helfershelfer unternommen und kam dabei auch auf einen Wendelin Thomas zu sprechen, der sich immer für diese Frau eingesetzt hatte und eine recht zweifelhafte Rolle spielte, wie aus folgenden Bemerkungen hervorgeht:

Ihr (der Schröder-Mahnke. Red.) Abschub wurde im letzten Augenblick durch das Mitglied des 21er-Rates, Signalmaat Thomas verhindert, der einen Beschluß des 21er-Rates herbeiführte und die Aufhebung der Verfügung erwirkte. Selbstverständlich ließ ich die Schröder-Mahnke weiter beobachten. Und es ergab sich recht bald, daß Thomas zu der Schröder-Mahnke

ein nicht zweifelhaftes Verhältnis unterhielt.

Ich konnte auch feststellen, daß Thomas sich wegen der Schröder-Mahnke Unredlichkeiten zuschulden kommen ließ. Die Angelegenheit kam im 21er-Rat zur Sprache. Thomas verstand es aber, die Anwesenden glauben zu machen, er hätte als „Sozialist" und Mensch nur gefühlsmäßig gehandelt. Auf Veranlassung des Thomas kam dann die Schröder-Mahnke auch in den 21er-Rat, wo sie viel dazu beitrug, die ganze Bewegung zu mißkreditieren.

„Ist ein Leser in der Lage, uns die jetzige Adresse von Wendelin Thomas (früher Signalmaat in Wilhelmshaven) anzugeben?" so fragt die „Arbeiter-Zeitung".

Die Adresse ist inzwischen bekanntgeworden. Sie lautet:

Wendelin Thomas, Augsburg, M. d. R. (Mitglied des Reichstags. Red.), Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Ob Genosse Reichstagsabgeordneter Wendelin Thomas immer noch zu seiner alten Liebschaft von Wilhelmshaven hält? Er könnte ihr jetzt als M. d. R. der großen Unabhängigen Partei doch viel besser ihre Dienste lohnen und in stillen Nächten noch ganz andre Pläne aushecken als seinerzeit in Wilhelmshaven im 21er-Rat. Er könnte doch seiner Liebe jetzt ganz andre Morgengaben bringen als zu jener Zeit, da er als Matrose ihr Schlafbursche war. Eine Räterepublik Wilhelmshaven und sieben tote Arbeiter sind damals etwas gewesen — als M. d. R. muß er doch noch ganz andre „revolutionäre" Taten vollbringen können. Auf, getreuer Wendelin, dein Lieb' will Opfer sehen! —

Der Narr und der U-Boot-Krieg.

Der zweite Unterausschuß des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der sich mit der besondern Frage zu beschäftigen hatte, ob die Friedensmöglichkeiten, die sich aus Wilsons Aktion ergaben, mit der erforderlichen Sorgfalt behandelt worden seien, hat jetzt seinen Bericht und als Anlage dazu eine Reihe interessanter Telegramme aus den Monaten Februar und März 1917 erscheinen lassen. Dieser Bericht ist von Genossen Dr. Sinzheimer erstattet und mit einigen Aendrungen von der Mehrheit der Kommission genehmigt worden. Diesem Mehrheitsbericht schließt sich ein Minderheitsbericht des deutschnationalen Abgeordneten Schultz (Bromberg) an und die Gutachten der Sachverständigen Dietrich Schäfer, v. Romberg, Bonn und Otto Hoetzsch.

Der Mehrheitsbericht faßt

das Ergebnis der Untersuchung

in folgende Sätze zusammen:

In der durch die Friedensaktion Wilsons im Winter 1916/17 geschaffenen Gesamtlage waren Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß es möglich sei, zu Friedensbesprechungen zu gelangen. Die Reichsregierung hat diese Möglichkeit nicht ausgenutzt. Die Gründe dafür, daß die erwähnten Möglichkeiten nicht ausgenutzt worden sind, liegen in dem Beschluß über die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs vom 9. Januar 1917.

Der Bericht setzt noch einmal die bekannten geschichtlichen Ereignisse klar auseinander. Auch nach der Antwort der Entente auf das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember setzte Wilson seine auf Wiederherstellung des Friedens gerichtete Aktion weiter fort. Diese Aktion fand jedoch

von deutscher Seite keinerlei Unterstützung,

weil inzwischen die U-Boot-Narren mehr und mehr die Oberhand gewonnen hatten. Darum wurde auch die deutsche Presse über die Bedeutung der damaligen Aktion Wilsons in einer unrichtigen Weise informiert, die der Ausschußbericht befremdend nennt. Während

Bethmann-Hollweg Wilson zu einem Friedensschritt aufgefordert

hatte, wurde der Presse gesagt, es handle sich um eine selbstherrliche Einmischung Wilsons, die man sich verbitten müsse.

In ähnlicher Weise wurden später alle Gutachten gegen den U-Boot-Krieg systematisch unterdrückt. So steuerte man in den U-Boot-Krieg hinein, der alle Möglichkeiten eines Ausgleichsfriedens zertrümmerte, Amerika auf die Seite unsrer Feinde führte und uns schließlich den Gewaltfrieden von Versailles brachte.

Die Irrtümer des U-Boot-Krieges

werden im Ausschußbericht folgendermaßen zusammengefaßt:

1. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen eines erfolgreichen U-Boot-Kriegs sind falsch angenommen worden, namentlich wurde die wirtschaftliche Hilfe Amerikas nicht ausreichend in Betracht gezogen.

2. Die abschreckende Wirkung auf die neutrale Schiffahrt ist in Wirklichkeit nicht in dem Maß eingetreten, als vorausgesetzt worden ist.

3. Die Gegenwirkungen militärischer und technischer Art gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg sind nicht ausreichend gewürdigt worden.

4. Die militärischen Hilfsquellen Amerikas sind völlig unterschätzt worden.

5. Die militärische Beteiligung am Kriege durch umfangreiche Truppentransporte ist kaum gewürdigt worden, indem man glaubte, daß die U-Boote diese Transporte, wenn es überhaupt dazu käme, hindern würden.

6. Die Frage der ausreichenden militärischen und wirtschaftlichen Rüstung Deutschlands wurde nur im Hinblick auf die nächste Zeit geprüft, aber nicht unter dem Gesichtspunkte, daß im Sommer 1917 ein Frieden nicht erzwungen sein und der Krieg durch den Beitritt Amerikas sich noch auf lange Zeit hinziehen und verschärfen könne.

Der Bericht tadelt die schweren Fehler, die von der militärischen Leitung in der Beurteilung der U-Bootaussichten gemacht worden sind. Er stellt es als die

geschichtliche Schuld der politischen Reichsleitung

hin, „daß sie in der größten Schicksalsfrage Deutschlands geschehen ließ, was nach ihrer Ueberzeugung schädlich war". Der Bericht spart schließlich auch nicht an Tadel für die damalige Reichstagsmehrheit, die für den Verständigungsfrieden nicht zu haben war und die Entscheidung in der U-Boot-Frage in die Hände der Obersten Heeresleitung legte. Entschuldigend wird hinzugefügt, daß dem Reichstag die nötigen Informationen fehlten, daß er keine richtige Kenntnis von der militärischen Lage zu Lande hatte und nicht wußte, daß die Friedensaktion Wilsons von der deutschen Regierung betrieben worden war. Es wird die Vermutung ausgesprochen, daß im Reichstag schon damals eine Mehrheit für den Verständigungsfrieden vorhanden gewesen, wenn der Reichstag richtig informiert gewesen wäre und wenn die Regierung ihm vor die klare Entscheidung gestellt hätte, mit Bethmann-Hollweg den Weg des Verständigungsfriedens oder gegen ihn den Weg des Krieges mit Amerika zu gehen.

Diese bedingte Verurteilung der damaligen Reichstagsmehrheit ist von den Demokraten Gothein und Schücking und vom Zentrumsmann Marx unterschrieben.

Die diplomatischen Depeschen,

die dem Ausschußbericht beigefügt sind, illustrieren die maßlose Verblendung, in der sich die alldeutsche Richtung in der Regierung, vornehmlich repräsentiert durch den Staatssekretär Zimmermann, befand. Herr Zimmermann darf den Ruhm für sich beanspruchen, der mindest begabte Staatsmann gewesen zu sein, der jemals auf die Geschicke des deutschen Volkes Einfluß gehabt hat. Wie aber Wilhelm 2. die Weltlage auffaßte, das geht mit tragikomischem Humor aus einer Depesche des Legationsrats v. Grünau aus Pleß vom 9. Februar 1917 an das Auswärtige Amt hervor, in der die Auffassung des damaligen Kaisers in folgender Weise skizziert wird:

Die Demarche Wilsons ist erfolgt, um England vor dem U-Boot-Krieg zu bewahren und uns unter seinem und der europäischen Neutralen Drucke zum Nachgeben zu zwingen. Den Krieg wollte er nicht oder nur, wenn die andern Neutralen mitgingen und vorgespannt werden konnten. Nachdem man gesehen, daß die Neutralen sich mit dem U-Boot-Krieg abfinden und sich nicht für England erklären, ist man geneigt, einzulenken, um auf andre Weise das Unheil abzuwenden. Wir sollten die üble Lage, in die Amerika sich gebracht hat, ausnutzen, um Genugtuung für den Affront zu erlangen, den es uns dadurch angetan hat, daß es, sich auf den angeblichen Bruch unsers Versprechens berufend, die diplomatischen Beziehungen ohne weiteres abgebrochen hat. Wenn Amerika wieder verhandeln will, so möge es zunächst die normalen Organe hierfür wieder in Funktion treten lassen.

Und am 18. März schrieb er an den Rand eines Aktenstückes des Auswärtigen Amtes als seinen Entscheid:

An Auswärtiges Amt 18. 3. 17. Wilhelm:

Es ist ein für allemal Schluß mit Verhandlungen mit Amerika. Will Wilson Krieg, so soll er ihn herbeiführen und dann haben.

Diesem armen Narren war verschwiegen worden, daß die Oberste Heeresleitung selbst

den U-Boot-Krieg als einen letzten Versuch

betrachtete, aus einer unmöglichen militärischen Lage herauszukommen. Er wußte nichts von der üblen Lage Deutschlands, er wußte nichts davon, oder hatte es schon wieder vergessen, daß auf Bethmann-Hollwegs Bitte ihm Wilson seine Aktion unternommen hatte. Sein Hirn war verwirrt und er schwadronierte darauf los über die üble Lage, in die Amerika sich gebracht hätte, da es gewagt habe, ihm, dem Instrument des Himmels, durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einen Affront anzutun.

Mußte eine Reich, das so regiert war, nicht zugrunde gehen? —

Erhöhung der Getreidepreise.

Das Reichsernährungsministerium hat, gestützt auf eine Verordnung aus dem Jahre 1916, nunmehr die Höchstpreise für das Brotgetreide und für Gerste und Hafer der neuen Ernte neu festgesetzt. Diese Festsetzung geschah unter Umgehung des Parlaments, nachdem die Unabhängigen verhindert hatten, daß ein Ermächtigungsgesetz erlassen wurde, wonach die Regierung volkswirtschaftliche Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft im Einvernehmen mit einem 24gliedrigen Reichstagsausschuß treffen konnte. Wenn sich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf eine Kriegsverordnung stützt, so ist das zum mindesten anfechtbar. Eine Verordnung vom März d. J. sicherte den Landwirten die bekannten Mindestpreise zu und kündigte gleichzeitig an, daß die endgültige Festsetzung der Preise bis zum Beginn der Ernte unter entsprechender Berücksichtigung der bis dahin entstandenen Produktionskosten erfolgen sollte. Die Verordnung, die von dem damaligen volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung gebilligt worden war, mußte also jetzt ausgeführt werden, und ein Ministerium, das das nicht getan hätte, hätte zweifellos seine Befugnisse überschritten, indem es gegen ein bestehendes Gesetz handelte. Wenn ihm aber die Möglichkeit genommen war, sich mit dem jetzigen Reichstag über die Höhe der Preise zu verständigen, wenn die

Volksvertretung außerstande war, ihre Bedenken zu äußern

und die Preiserhöhungen auf das Mindestausmaß zu beschränken, so schulden wir dafür den Unabhängigen den Dank, die mit ihrer Ablehnungspolitik — in diesem Falle wenigstens — den offenen Verzicht auf parlamentarische Rechte ausgesprochen haben. Der Reichstag wird sich zweifellos mit dieser Frage noch beschäftigen müssen.

Die Preiserhöhungen sind nach den Protesten der bäuerlichen Bezirke und nach dem Vorschlag der bayrischen Regierung zu hoch. Der Landwirt soll von jetzt ab für 1 Tonne Roggen 1400 Mark, für 1 Tonne Gerste und Hafer 1350 Mark, für 1 Tonne Weizen 1540 Mark erhalten. Das Reichsernährungsministerium erklärte vor Vertretern der Presse und in einem offiziösen Communiqué, daß die erhöhten Getreidepreise

keine Erhöhung des Brotpreises

zur Folge haben würden. Diese Erklärung ist offenbar nur für die Oeffentlichkeit bestimmt. Augenblicklich ist doch der Stand so: Man hat Anfang Mai den Mehlpreis auf das Doppelte erhöht, ohne gleichzeitig den landwirtschaftlichen Erzeugerpreis für das Getreide zu steigern. Die Differenz zwischen den gezahlten Preisen und den erzielten Absatzpreisen sollte zur Verbilligung ausländischer Lebensmittel in der Weise verwandt werden, daß das aus ausländischem Mehl hergestellte Brot nicht teurer zu stehen kam als das Inlandsbrot. Der bisherige Mehlpreis baute sich also auf einem Erzeugerpreis auf, der dem Doppelten des gezahlten Getreidepreises entspricht, das sind 1300 Mark pro Tonne Roggen. Es ist also undenkbar, daß der jetzige Höchstpreis von 1400 Mark pro Tonne auf die Dauer ohne Erhöhung des Brotpreises oder ohne eine Verbilligung des Brotes aus Steuermitteln zu halten wäre. Eine weitere Frage ist noch die, woher jetzt die Mittel zur Verbilligung des ausländischen Brotgetreides, wovon nach dem Exposé des Reichsernährungsministeriums für die Spakonferenz 2 Millionen Tonnen eingeführt werden müssen, genommen werden sollen, nachdem uns im Mai mehr oder minder verblümt gesagt worde ist, daß eine indirekte Besteurung des inländischen Brotes zu diesem Zweck unvermeidlich ist. Zur Verbilligung des ausländischen Brotgetreides allein wären nach dem gegenwärtigen Preisstand mindestens fünf Milliarden Mark benötigt!

Es ist bestimmt zu erwarten, daß die jetzt festgesetzten Höchstpreise früher oder später zu einer Verteurung des Brotes führen müssen. Darum war es unnötig, das Gegenteil zu versichern, nur um für den Augenblick zu beruhigen. Die Leiter der Reichsernährungswirtschaft werden ihre Erklärung von heute in sehr kurzer Frist widerrufen müssen, wenn nicht das Land angesichts der geschwächten Kaufkraft der städtischen Bevölkerung selbst zu der Einsicht kommt, daß

Preiserhöhungen nicht getragen werden können

und mit seinen Forderungen zurückgeht. Erfreuliche Ansätze dazu sind in den Kundgebungen der süd- und westdeutschen Bauern, aber auch einiger norddeutscher Bezirke, die schon jetzt die vom Reiche festgesetzten Preise als zu hoch ablehnen, bereits zu sehen.

Was aber ein Zeichen des erwachenden Verständnisses der Landbevölkerung für die Not des städtischen Volkes ist, ist ein Protest gegen die Preispolitik, die in der vorliegenden Verordnung ihren Ausdruck findet. Die neuen Getreidepreise werden begründet mit einer Reihe sicherlich stichhaltiger Gründe. Der Landwirt muß ebenso wie der Industrielle mindestens seine Selbstkosten und einen bescheidenen Gewinn hereinbringen. Andernfalls geht er zur Extensivwirtschaft über, und das ist das größere Uebel für die Gesamtwirtschaft. Diese Anschauung ist auch von Sozialdemokraten mehr als einmal begründet und vertreten worden. Wenn aber die Landbevölkerung selbst die Preise zu hoch findet,

muß die Preisgrundlage falsch sein.

Daran kommen wir nicht vorbei, und daraufhin muß die Indextabelle, mit der das Reichsernährungsministerium seine Preisfestsetzung begründet, nachgeprüft werden. Diese Indextabelle — eine Aufstellung, die schon längst nötig gewesen wäre — faßt die wichtigsten Gestehungskosten für landwirtschaftliche Produkte vom Saatgut angefangen über die Düngemittelpreise und Arbeitslöhne bis zu dem in keiner Kalkulation fehlenden Punkt „Verschiedenes" in eine Meßziffer zusammen, an deren Veränderung man die Schwankungen der Erzeugungskosten für Getreide messen kann. Sie nimmt die Erzeugungskosten am 1. Januar dieses Jahres mit 100 an und verzeichnet alle Veränderungen in den einzelnen Monaten. Es ergibt sich auf diese Weise für den 1. Juli 1920 eine Meßziffer von 169,24, die bei der Berechnung jedoch nicht voll in Ansatz kam, da man nicht die gesamte, sondern nur die durchschnittliche Steigerung der Gestehungskosten in den einzelnen Monaten anrechnete. Auf diese Art ergab sich ein Aufschlag von 55 Prozent. Um dem Verbraucherstandpunkt entgegenzukommen, strich man jedoch den Erzeugern noch 150 Mark pro Tonne am Unternehmergewinn ab und erhielt so den Roggenpreis von 1400 Mark.

Gegen diese Berechnungsweise läßt sich nichts einwenden. Eine andre Frage aber ist die, ob die Indextabelle im Sinne der Mindestpreisverordnung vom 13. März richtig angewandt worden ist. Der Wortlaut dieser Verordnung sowie Ausführungen von Regierungsvertretern, die damals die Vorlage begründeten, lassen darauf schließen, daß die Mindestpreise sich auf die Gestehungskosten des Monats März stützten. Man hatte damals auf die für den Monat Januar ermittelten Erzeugungskosten bereits einen Aufschlag gelegt, um inzwischen eingetretenen Preissteigerungen gerecht zu werden. Wenn dem aber so ist, dürfte die Indextabelle erst vom 1. März ab angewandt werden. Bis Juni hat sich aber die Indexziffer nur um 27, gleich noch nicht 20 Prozent, erhöht, wozu noch nach dem Ernährungsministerium weitere 4 Prozent als Verteurungssatz für die Monate Juni und Juli zuzuschlagen sind. Das ergibt aber unter Anrechnung des Unternehmergewinns von 65 Mark, wie ihn das Ernährungsministerium annimmt, einen Getreidepreis von wenig mehr als 1300 Mark — also einen Preis, der sich dem Vorschlag der bayrischen Regierung wesentlich nähert.

Hier harrt noch eine Frage der Nachprüfung, die von entscheidender Bedeutung ist für die ganze nächste Zukunft. Die Proteste der Gewerkschaften gegen die Lebensmittelteurung haben Anspruch darauf, berücksichtigt zu werden und dürfen nicht mit der schablonenhaften Anwendung eines Indexsystems und mit kleinen Abstrichen am Unternehmergewinn abgetan werden. Den Landwirten den angemessenen Preis zu geben, dabor wird keiner sich drücken wollen, solange er noch zahlen kann. Die Kaufkraft der Bevölkerung aber ist schon zu sehr geschwächt, als daß man große Preisaufschläge ohne zwingende Gründe voll bewilligen könnte. —

Nachlese von Spa.

Ueber den Schluß der Konferenz von Spa telephoniert der Korrespondent des „Vorwärts": Es ist für die Tragikomödie von Spa charakteristisch, daß der ursprüngliche und eigentliche Zweck der Spaer Konferenz vollständig unter den Tisch gefallen ist, aber die Spannung war in den letzten Tagen unerträglich geworden. Es wäre eine ungünstige Atmosphäre für die Behandlung derartiger Probleme gewesen, jeder wollte nach Hause. Die Abreise aus Spa erfolgte mit geradezu fluchtartiger Schnelligkeit. Lloyd George reiste bereits gestern abend ab, Sforza um 10 Uhr, Millerand um 11 Uhr vormittags. Ueber die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Kabinetts bei den endgültigen Beschlüssen in Lefraineuse war bisher wenig Bestimmtes zu erfahren. Fest steht jedenfalls, daß die drei Zentrumsminister Fehrenbach, Hermes und Wirth für die Unterzeichnung waren, und daß der Volksparteiler und Reichswirtschaftsminister Scholz dagegen stimmte. Die Stellungnahme von Simons selbst ist zweifelhaft. Aus verschiedenen Aeußerungen von ihm kann geschlossen werden, daß er ebenfalls dagegen stimmte

In der letzten Sitzung der Delegation am Freitag abend machte Lloyd George eine Anspielung auf gewisse deutsche Kreise die die Besetzung des Ruhrgebiets geradezu provozieren wollten Das war deutlich auf Stinnes gemünzt. Ueber den Fall Stinnes wird man später eingehend sprechen müssen, auch über die Tragweite der gestrigen Unterwerfung. Auch hier ist ein bedeutender Fortschritt gegenüber dem Friedensvertrag erzielt worden, aber das ist ein magerer Trost.

Die Pariser Morgenpresse ist mit dem Ergebnis der Verhandlungen in Spa nicht ganz zufrieden. Fast alle Blätter stellen mit Bedauern fest, daß das Hauptthema, die Frage der deutschen Entschädigungssumme, nicht einmal angeschnitten wurde. Es paßt ihnen offenbar auch nicht, daß die Verhandlungen zwischen den deutschen und den verbündeten Sachverständigen auf neutralem Boden stattfinden. Namentlich das „Echo de Paris" macht in dieser Beziehung gewisse Vorbehalte.

Die englische, Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle" nennt das Kohlenabkommen eine vernünftige Reglung. Es war vorauszusehen, schreibt das Blatt, daß die Alliierten dazu kommen würden, Deutschland Geld zu leihen. Bei der gegenwärtigen Reglung hängt jeder Vorschuß aber von der Ablieferung von Kohlen ab. Somit ist Deutschland ein Anreiz gegeben, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Der größte Teil des Geldes wird wahrscheinlich durch England aufgebracht werden müssen. Damit ist die böswillige Behauptung widerlegt, daß England die rechtmäßigen Forderungen seines Bundesgenossen Frankreich nicht unterstützt.

Millerand hat sofort nach seiner Rückkehr aus Spa die französischen Journalisten empfangen und ihnen erklärt, die Konferenz von Spa bedeute den Beginn der Ausführung des Friedensvertrags von Versailles. Er lobte den guten Willen aller Delegierten, besonders des Grafen Sforza. Als er in London zum erstenmal von der Besetzung des Ruhrgebiets gesprochen, habe er keinen Erfolg gehabt. In San Remo sei es ihm gelungen, den Grundsatz zur Annahme zu bringen, in Boulogne sei man einig geworden über die Art der Zwangsmaßnahmen und in Spa endlich habe man Genaueres festgelegt. Die Festigkeit sei notwendig, das hindere aber nicht, daß die Alliierten bei mehreren Fragen den Geist nennenswerter Versöhnlichkeit gegenüber Deutschland gezeigt hätten.

Unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Heinze fand am Sonntag nachmittag eine große Kabinettssitzung statt, in der über die Verhandlungen in Spa und ihr Ergebnis ein vorläufiger Bericht erstattet und das Programm für die nächsten Tage festgelegt wurde.

Aufforderung zur Widersetzlichkeit.

Während die Regierung sich in Spa verpflichtet hat, die Entwaffnung der Bevölkerung durchzuführen, dekretiert der General Graf v. d. Goltz in der „Deutschen Zeitung" kurzerhand: „Die Waffen werden nicht abgeliefert". Er schreibt:

> Unsre Regierung hat mal wieder völlig versagt. Kläglich in zitternder Angst hat sie unterschrieben. Ist die Regierung Deutschland, sie, die nicht einmal die Mehrheit im Parlament besitzt?
>
> Ich begrüße den Vorgang auch als Schritt zur Gesundung. Denn jeder Bürger und Arbeiter, der noch Mannesmut besitzt, wird sich weigern, dem Befehl der entnervten Weiber am Regierungstisch zu folgen. Ich hoffe bestimmt, daß die Mehrheit des Reichstags oder doch die noch männlichen Reichsteile, eine solche Jammer-Regierung zum Teufel jagen und daß kein Einsichtiger seine Waffen abgibt und damit sich und sein Vaterland dem sichern Untergang zuführt.

Es ist sehr unterhaltsam, welche Kraftworte Graf v. d. Goltz gegen die Regierung findet, in der doch seine Freunde und Bundesbrüder von der Deutschen Volkspartei sitzen. Aber wir müssen zugestehen, daß die Regierung die ihr vom Grafen Goltz verliehenen Ehrennamen durchaus verdienen würde, wenn sie nämlich sich derartige Provokationen ruhig gefallen läßt.

Daneben wäre es ganz interessant, festzustellen, zu welchen Zwecken sich der edle Graf so sehr an die Waffen klammert. Im Besitz des „Vorwärts" befindet sich ein Rundschreiben des Nationalen Heimatbundes zur Versorgung Heeresentlassener. Dieses Rundschreiben beschäftigt sich mit der Unterbringung entlassener Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in der Landwirtschaft. Wörtlich heißt es darin:

> Vorbedingung ist unbedingt vaterländische und anständige Gesinnung, da die betreffenden Bauern und Gutsbesitzer nicht nur Arbeiter, sondern auch persönliche Beschützer bei spartazistischen Unruhen haben wollen.

Unterzeichnet ist das Rundschreiben: Der geschäftsführende Vorsitzende, Graf von der Goltz . . . —

Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich ist infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage weiter gewachsen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. Juli 233 18, die der weiblichen Erwerbslosen 78 573, also insgesamt 312 191, gegen 296 183 am 15. Juni und 270 673 am 1. Juni. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 283 793 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 12. April d. J.

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes im besetzten Gebiet ist im vergangenen Monat noch schlechter geworden als zuvor. In der Großindustrie sowohl wie im Handwerk wurden vielfache Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen nötig. Die Zahl der Erwerbslosen erhöhte sich im Laufe des Monats um rund 13 Prozent. —

Regierungsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

In der deutschen Textilindustrie nimmt die Arbeitslosigkeit rapid zu. Ganze Bezirke in denen die Bevölkerung nur auf die Textilindustrie als Existenzquelle angewiesen ist, sind mit der Beschäftigung der Arbeiter am Ende. Um diese Hilfe bringen zu können, hatte das Reichswirtschaftsministerium mit der Reichsstelle für Textilwirtschaft die Bekleidungsbeschaffungsstellen der Reichsbehörden und Gliedstaaten sowie Zentralstellen privater Verbraucher zu einer Besprechung geladen, die am 15. Juli stattfand. Staatssekretär Hirsch führte aus, daß der Versuch gemacht werden solle, den kaufwilligen Verbraucher mit dem arbeitswilligen Erzeuger zwecks Abschluß von Warenverkäufen zusammenzubringen. Das Haupthindernis für den Abschluß von Warenverkäufen für spätere Lieferung bilde das Valuta-Risiko. Dieses Risiko müsse für solche Notaufträge ausgeschaltet werden. Die Vorbereitungen dafür seien im Gange. Es solle für diese Notaufträge durch Einführung des Valuta-Terminhandels eine Kurssicherung geschaffen werden. Im übrigen ist die Sache so gedacht, daß in der Reichsstelle für Textilwirtschaft eine Vermittlungsstelle für notleidend gewordene Betriebe geschaffen werden soll. Diese Stelle soll solche Betriebe mit den Stellen in Verbindung bringen, die Notaufträge vergeben wollen. Diesen Aufträgen steht dann der Schutz vor den Valutaschwankungen zu. Die geschäftliche Abwicklung bleibt Sache der Firmen. Es fand eine längere Debatte statt, die damit endete, daß eine Kommission von Verbrauchern und Erzeugern zusammentreten wird, um die Sache spruchreif zu machen. —

Die höflichen Unabhängigen.

Die unabhängige Presse hat nunmehr die Antwort ihres Parteivorstandes an das Exekutivkomitee der dritten Internationale vollständig veröffentlicht. Das Schriftstück unterscheidet sich im Tone vollständig von allem, was bisher aus den Bureaus des unabhängigen Parteivorstandes und der unabhängigen Redaktionen hervorgegangen ist. Niemand würde es für möglich gehalten haben, daß dieselben Lippen, von denen man sonst nur die wildesten Schimpfwörter zu hören gewohnt ist, so von Höflichkeit, Liebenswürdigkeit, selbst Demut überfließen können. Die Antwort an das Exekutivkomitee ähnelt in ihrem Stile weniger einer Polemik, wie man sie sonst innerhalb der Arbeiterbewegung gewohnt ist, als einem

allerunterthänigsten Promemoria an Serenissimus

aus der guten alten Zeit.

Man kann sich hier der plötzlich hervorgetretenen Verbesserung der Manieren nicht einmal freuen, denn die Unabhängigen sind auch hier wieder einmal aus einem Extrem ins andre gefallen. Man erinnert sich unwillkürlich des Scherzwort aus der Kaiserzeit, worin die Aehnlichkeit eines Beamten mit einem Radfahrer liege: Nach unten tritt er und nach oben macht er den Buckel krumm.

Die Antwort des unabhängigen Parteivorstandes nach Moskau ist desto unwürdiger, als sie die Entgegnung bildet auf eine hochfahrende, von oben her erlassene Strafepistel, in der es an den saftigsten Grobheiten nicht fehlte. Der unabhängige Parteivorstand sucht sich nun von allen Vorwürfen, nicht genügend radikal und revolutionär zu sein, reinzuwaschen, wobei er natürlich seine Schneidigkeit gar nicht genug herausstreichen kann.

Auf die schamlose Forderung der Moskauer,

die von den Unabhängigen verlangten, sie sollten sich zunächst, wenn sie sich der dritten Internationale anschließen wollen, der in Moskau nicht genehmen Persönlichkeiten entledigen, findet der unabhängige Parteivorstand nicht ein einziges Wort würdiger Zurückweisung. Er sagt weder ja noch nein und sieht inzwischen zu, wie übereifrige Agenten der Moskauer Zentrale die geforderte Exekution innerhalb der Unabhängigen Partei begonnen haben. Auf der Proskriptionsliste stehen bekanntlich vor allem Kautsky, Hilferding und Ströbel, Crispien, Breitscheid. Ströbel ist von seinem Wahlverein in Berlin-Steglitz kurzerhand ausgeschlossen worden. Und jetzt kommt aus Kassel die Nachricht, daß die Bezirkskonferenz der Unabhängigen in Hessen-Waldeck einstimmig eine Resolution angenommen habe, die

den Ausschluß Kautskys aus der Partei

fordert. Auch für den Ausschluß Hilferdings, des Chefredakteurs der Berliner „Freiheit" besteht eine gewisse Strömung.

Natürlich kann jede Partei ausschließen, wen sie will. Wir haben ihr dabei nichts dreinzureden. Kautsky ist in seinen ganzen Anschauungen ein Sozialdemokrat geblieben, paßt also in eine bolschewisierte Unabhängige Partei nicht hinein. Nur eins verdient noch bemerkt zu werden: Wenn die Sozialdemokratische Partei derartige Ausschlüsse verhängte, was erfreulicherweise nur unendlich selten vorkam, dann konnte sie den Vorwurf, sie vergreife sich an der Freiheit der Wissenschaft, mit gutem Gewissen zurückweisen. Denn wenn sie auch innerhalb ihrer Organisation nicht jede Meinung dulden zu können glaubte, so hielt sie dafür desto fester an dem Grundsatz, daß im Staate die Freiheit der Meinung und der

wissenschaftlichen Lehre unbedingt geachtet werden müsse. Sie kämpfte

gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Staate

und kämpft gegen sie auch heute noch, wie erst neulich der Fall des Professors Nicolai von der Berliner Universität bewiesen hat.

Die Unabhängigen haben sich dagegen dem russischen Standpunkt angepaßt, daß der Staat das Recht habe, jede ihm nicht genehme Lehrmeinung zu unterdrücken. Wäre man also in Deutschland schon so weit, ganz nach bolschewistischem Muster zu verfahren, so würde Kautsky nicht bloß aus der Unabhängigen Partei ausgeschlossen werden, sondern auch seine Schriften würden unterdrückt werden, es würde ihm verboten sein, Vorträge zu halten, und in ganz Deutschland gäbe es keine einzige Zeitung, die Kautskys Meinung vertreten dürfte.

Das ist nun wieder die Kehrseite der Medaille. Der

bis zur Unterwürfigkeit gesteigerte Ton der Höflichkeit

gegenüber den Moskauer Machthabern bedeutet gar nichts andres als die Verpflichtung zu noch größerer Rauhbeinigkeit, Verketzerungssucht und Unterdrückungswut auf der andern Seite.

Der unabhängige Parteivorstand gibt selber in seinem Antwortschreiben eine Probe davon durch die Art, wie er sich gegen den Vorwurf, noch mit der zweiten Internationale zu liebäugeln, verteidigt. Der Leipziger Parteitag, heißt es da, habe so gut wie einmütig mit der zweiten Internationale gebrochen, und auch die Minderheit habe auf den Genfer Kongreß nur gehen wollen, um dort „die arbeiterfeindliche Haltung der Nationalsozialisten zu entlarven und zu brandmarken". So werden nicht nur die deutschen Sozialdemokraten, sondern auch die englischen, belgischen, holländischen, schwedischen, dänischen Genossen zu den Nationalsozialisten und Arbeiterfeinden geworfen. Sie will man „entlarven und brandmarken".

Desto demütiger küßt man die Knute, die von Moskau aus über die Rücken der eignen Parteigenossen der Unabhängigen Partei geschwungen wird. —

Ein sozialistisches Programm.

In der Braunschweiger Landesversammlung leitete Minister Oerter die Beratungen des Staatshaushalts durch eine programmatische Erklärung ein, nach welcher das Staatsministerium sich zur sozialistischen Gesellschaftsordnung bekennt. Das Staatsministerium wird im Rahmen der Verfassung und Gesetzgebung des Reiches im Freistaat Braunschweig auf dem verfassungsmäßigen Wege folgende Aufgaben zu lösen versuchen:

Die Umwandlung der Einwohnerwehren, der Sicherheitspolizei und der Polizeiorgane zu Einrichtungen zum Schutze des Freistaats und des ganzen Volkes, Beseitigung der bureaukratischen Staatsverwaltung wie der bureaukratischen Verwaltung in Gemeinde und Kreis, Uebernahme der Verwaltung durch das Volk selbst, Umgestaltung der Stadt-, Gemeinde- und Kreisordnung und Ausbau der Gemeinde- und Kreisvertretungen zu vollen Selbstverwaltungskörpern, die zugleich Wirtschaftskörper werden, Ausschaltung aller persönlichen und kapitalistischen Interessen bei der Bewertung und Ausnutzung der Staatsländereien, Forsten, Bergwerke usw., Erwerb der in Braunschweig gelegenen Kohlenbergwerke für die Allgemeinheit, ebenso der Kaliwerke, ferner der Elektrizitätswerke, industriellen Betriebe und Verkehrsanstalten, gesetzliche Reglung des Wohnungswesens durch den Staat, Sicherung der Ernährung des Volkes durch Reglung des Anbaues der landwirtschaftlichen Produkte und der Viehhaltung für die Bedürfnisse der Allgemeinheit, Ablieferungspflicht aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse an Gemeinde und Kreis, Durchführung der Trennung von Kirche und Staat nach den Richtlinien des Reiches, Schaffung einer Staats- und Einheitsschule, Beseitigung der Klassenjustiz, vorbildliche Reglung der Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben, staatliche Reglung des gesamten Wohlfahrtswesens, der Armenpflege und des Gesundheitswesens.

In Braunschweig regieren die beiden sozialistischen Parteien zusammen. Ohne die törichte Abstinenzpolitik der Unabhängigen könnten wir für das Reich eine Regierung mit ähnlichem Programm haben. Zumindest könnten die Länder Thüringen, Anhalt, Bremen, Gotha, Mecklenburg nach ähnlichen Gesichtspunkten verwaltet werden. —

Der Anfang.

Leichten Herzens haben die Unabhängigen im Reiche und in den Einzelstaaten den bürgerlichen Parteien alle Macht überlassen und die besorgten Arbeiter mit der Phrase getröstet, daß sie stark genug seien, jede Verschlechterung zurückzuweisen.

In Gotha werden diese Verschlechterungen, kaum daß die bürgerlichen „Volksbeauftragten" ein paar Tage die Regierung übernommen haben, schon recht deutlich — die Unabhängigen rühren sich aber nicht, sie dreschen nach wie vor ihre Phrasen und schauen mit verschränkten Armen zu, wie auf dem Verordnungsweg die Errungenschaften der Revolution Stück für Stück abgebaut werden. Im Staate Gotha war von jeher das Schulwesen besser als sonst in Deutschland und besonders viel wurde dafür nach der Revolution getan.

Um der Schulen willen waren in Gotha zwischen der Reaktion und der Arbeiterschaft schwere Kämpfe ausgefochten worden. Trotz vieler Widerstände wurden Schulreformen begonnen und teilweise durchgeführt. Die erste Tat der neuen bürgerlichen Regierung war nun ein Abbau der fortschrittlichen Schulmaßnahmen. Der Oberschulleiter wurde in Urlaub geschickt und die

Schülerhöchstzahl von 40 auf 60 hinaufgesetzt,

Aber nur in den Volksschulen, in den höheren Schulen bleibt die Höchstzahl von 30 Schülern. Das ist der erste Schritt zurück zur alten Lern- und Drillschule. Die Aufbauschule, die in Gotha eingeführt war, ist einfach durch eine Verordnung aufgehoben worden. Außerdem ist angekündigt, daß die reaktionären Schulinspektoren, die nach der Revolution entlassen wurden, wieder eingestellt, dafür die neuen, meist sozialistischen Schulmänner, entlassen werden sollen.

Aber die Unabhängigen sind bekanntlich der Meinung, daß es eine Stärkung des Proletariats bedeutet, wenn eine bürgerliche Regierung die Schulen verwaltet und bestimmt, welches Maß von Wissen ihnen gegeben werden darf. Darum dürfen sich die Arbeiter in Gotha, welche unabhängig gewählt haben, nicht beschweren, wenn jetzt ihre Kinder die Kurzsichtigkeit ihrer Eltern büßen müssen.

Armer Crispien!

Die „Rote Fahne" veröffentlicht in Fortsetzungen eine langatmige Denkschrift des Exekutivkomitees der dritten Internationale, die den K.A.P.D.isten wieder den Kopf zurechtsetzen soll. In der zuletzt veröffentlichten Fortsetzung heißt es:

> Die „linken" Phrasenhelden vom Schlage Wolffheims und Laufenbergs lieben es, die deutschen Kommunisten-Spartakisten dessen zu beschuldigen, daß sie eine Gemeinschaft mit der deutschen Unabhängigen Partei anstreben. Untersuchen wir auch diese Anklage. Aus dem Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Unabhängigen, das, hoffen wir es, auch euch bekannt ist, müßt ihr mit der Stellung bekannt sein, die wir zur Unabhängigen Partei Deutschlands einnehmen. Wir sind der Ansicht, daß die rechten Führer dieser Partei, die Herren Kautsky, Hilferding, Crispien und Kompanie objektiv Verräter an der Arbeitersache und die besten Helfer der Bourgeoisie sind. Wir halten den Kampf mit diesen Führern der Unabhängigen für eine sehr dringende und unaufschiebbare Angelegenheit. Aber wir wissen gleichzeitig, und das wißt ihr auch, daß Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern, die noch in der Unabhängigen Partei sind und bleiben, unter anderm auch darum, weil die Reihen der deutschen Kommunisten gespalten sind, sich durch nichts von den einfachen kommunistischen Arbeitern unterscheiden. Diese Arbeiter, Mitglieder der Unabhängigen Partei, stehen offen und ehrlich zu der Kommunistischen Internationale und sind unsre Freunde von morgen.

Crispien hat eben erst im Namen des Parteivorstandes der Unabhängigen jenen demütigen, schweifwedelnden Brief nach Moskau geschickt, der die gute Gesinnung seiner Partei im Sinne der Moskauer Machthaber beweisen soll. Nützt nichts, es regnet weiter Ohrfeigen. —

Lebenslänglicher Kerker oder Vogelfreiheit

Ungefähr so lautet die Antwort der Alliierten auf die Vorstellungen der Türkei wegen Abänderung des Friedensvertrags, der sie seiner reichsten und besten Provinzen ohne Formalitäten beraubt. In der Antwort heißt es:

> Wenn die Türkei es ablehnt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, oder nicht imstande ist, in Anatolien ihre Autorität wiederherzustellen, dann werden die Alliierten sich möglicherweise gezwungen erachten, die für Konstantinopel getroffene Reglung in der Weise abzuändern, daß die Türken endgültig aus Europa vertrieben werden. Den Türken wird für die Unterzeichnung eine Frist bis zum 27. Juli zugestanden.

Wie soll die türkische Regierung, der man fast alle Machtmittel genommen hat, der Aufständischen in Anatolien Herr werden, die sich unter Kemal Pascha gegen die Fremdherrschaft erhoben haben. Die großen Siegesmeldungen der Griechen über die Armee Kemals sind im übrigen mit Vorsicht zu genießen. —

Aus dem dunkelsten Rußland.

Als die englische sozialistische Delegation in Moskau weilte, veranstalteten die Moskauer Druckereiarbeiter ein Meeting, auf dem der bekannte Führer der sozialrevolutionären Partei Viktor Tschernoff (Minister für Landwirtschaft im Sommer 1917 im Kabinett Kerenski) plötzlich auftauchte und eine ergreifende Anklagerede gegen das bolschewistische Regime hielt. Tschernoff, der von der bolschewistischen Polizei gesucht wird, gelang es, vom Meeting unbehelligt zu entkommen. Tags darauf wurden aber, wie jetzt das in Paris erscheinende Organ der Sozialrevolutionäre „Pour la Russie" erzählt, seine Frau und seine beiden Töchter (8 und 11 Jahre alt) verhaftet. Die Sowjetregierung hatte von ihren Spitzeln Nachricht bekommen, daß Tschernoff von Zeit zu Zeit ein bestimmtes Theater besuchte. Das ältere, 11 Jahre alte Mädchen wurde nun aus dem Gefängnis ins Theater gebracht und es wurde ihr befohlen, ihren Vater ausfindig zu machen. Das Kind weigerte sich und wurde ins Gefängnis zurückgebracht. Da diese unerhörte Brutalität in Moskau weit bekannt wurde, wandte sich die Frau des Volkskommissars Kameneff an die Gefängnisverwaltung mit dem Ersuchen, ihr die beiden Kinder auszuliefern, die sie dann unter eigner Verantwortung bei sich „internieren" wollte. Tschernoff, der davon erfuhr, schrieb an die Sowjetregierung, er finde das Sowjetgefängnis weniger entehrend für seine Kinder, als die Sowjetprotektion der Frau Kameneff; diese Protektion lehne er ab. Seine Frau und Kinder bleiben weiter im Gefängnis.

Von andrer Seite erfahren wir, daß der bekannte menschewistische Führer Dahn, unter der Sowjetregierung ein häufiger Gast der Gefängnisse, nach Sibirien verbannt worden ist. Die Verbannung erfolgte unter dem Vorwande der ärztlichen Dienstpflicht — Dahn ist nämlich Arzt —, doch besteht in Moskau allgemein die Ueberzeugung, daß man einen lästigen politischen Gegner abschieben wollte und daß Dahn, hätte er nur vor der Sowjetregierung seinen Kotau gemacht, ruhig in Moskau hätte bleiben dürfen.

Von den beiden Hauptpfeilern des „sozialistischen" Rußland heißt Polizeisystem und Sibirien der eine, Militarismus der andre. —

Notizen.

„Not kennt kein Gebot." Ueber neue Uebergriffe der Polen wird bekannt, daß in Czarnikau wehrfähige junge Deutsche vor die Wahl gestellt wurden, sofort für Polen zu optieren und ins Heer einzutreten oder innerhalb 14 Tagen ausgewiesen zu werden. In Wollstein finden wieder Internierungen von Deutschen statt. —

Selbstmord des Prinzen Joachim. Der jüngste Sohn des Herrn in Amerongen hat sich am Sonnabend im Alter von 30 Jahren erschossen. Prinz Joachim ist seit längerer Zeit geisteskrank gewesen. Seiner Frau, einer Prinzessin Anhalt, war die 1916 geschlossene Ehe sehr bald nach der Geburt eines Kindes unerträglich geworden und hat den Prinzen vor etwa 1 Jahre verlassen. Die Ehescheidung sollte in nächster Zeit ausgesprochen werden. —

Die Christlichen für Horthy-Ungarn. Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Haag hat sich gegen den Ungarn-Boykott ausgesprochen. —

Bela Khun geflüchtet? Zwischen Sowjetrußland und Oesterreich wurde ein Abkommen wegen Rücktransport der Kriegsgefangenen getroffen. In diesem Abkommen war vorgesehen, daß die in Oesterreich sich befindenden Volkskommissare der ehemaligen ungarischen Sowjetrepublik gleichfalls nach Rußland transportiert werden sollen. Am 15. Juli ging der erste Transport ab, in dem sich Bela Khun und Genossen befanden. Als er an der deutsch-tschechischen Grenze in Oderberg ankam, konstatierte man das Fehlen der ungarischen Volkskommissare. Große Sehnsucht nach Sowjetrußland scheinen sie demnach nicht zu haben. —

Die belgische Militärpflicht. Kriegsminister Janson erklärte im belgischen Senat, er könne die von den Sozialisten verlangte Militärdienstzeit von 4 Monaten nicht bewilligen. Die Frage der Dienstzeit werde von einer besonderen Kommission geprüft. Nach seiner Ansicht sei eine Dienstzeit von 8 Monaten nicht genügend. —

Ein Betriebsrätegesetz in Norwegen. Der Staatsrat beschäftigte sich heute mit dem Gesetz über die Bildung von Arbeiterausschüssen in industriellen Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern. Nach diesem Gesetz sollen die Arbeiterausschüsse das Recht haben, bei der Reglung von Lohnfragen, Arbeitsbedingungen, Kündigungen und Entlassungen und bei großen Betriebsveränderungen mitzuwirken. Es wird vorgeschlagen, das Gesetz sofort in Wirksamkeit treten zu lassen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Gegen Flechten Hautleiden offne Füße, alte Wunden, Ausschläge, Frostschäden bei allbewährter Rino-Salbe. Erhältlich in d. Apotheken! Rich. Schubert & Co. Chem. Werke Dresden.

Bekanntmachung.

Der Höchstpreis für zwei Stück Weißbrot (Semmeln) im Gewicht von je 60 Gramm ist vom 20. Juli an auf zusammen 35 Pf. netto festgesetzt. 21

Magdeburg, den 19. Juli. Der Magistrat.

Ihr Bruch wird größer!

Er drückt sich unter der Pelotte hervor. Die Hernien-Bandage, Erfinder Dr. Winterhalter, ist das einzig patentierte Band, daß den Bruch von unten nach oben zurückhält und Größerwerden verhindert. Ohne Feder bequem nachts tragbar. Ueber 20 000 in Gebrauch. Hernien-Bandagenhaus Dr. Winterhalter, Halle a. d. Saale. Zu sprechen in Magdeburg nur Freitag den 23. Juli, von vorm. 8 bis nachm. 7 Uhr, im Hotel Jock. A1

Warne vor minderwertigen Bändern.

Pickel, Mitesser

Sommersprossen, Röte, überh. alle Hautunreinheiten beseitigt überraschend schnell „Creme Elma". Wirkt selbst in veralteten Fällen mit glänzendem Erfolg und verschafft blendend reinen Teint. Viele Dankschreiben. Preis Mk. 4.75, Doppeldose Mk. 7.50. Versand diskr. nur K10

Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg E 35

Felle und Häute aller Art!

Strumpfwolle, Schafwolle, Roßhaare, Schweineborsten Messing, Kupfer, Rotguß, Blei, Neutuch kauft zu hohen Preisen 2872

Sch. Israel, Johanniskirchhof 3b.

Jedes Kind weiß es: Diamantine

ist jetzt wieder der beste Schuhputz!

Fabr. Rud. Slaatke, Melle i. H.

288

Bilder.

Zwei hübsche Photographien Scheidemann und Ebert auf gutem Karton, 48×32 cm groß

Preis à 6.00 Mark

Buchhandlung Volksstimme Große Münzstraße 3.

Baubude

4×2½, aus 4 cm Bohlen, meistbietend zu verkaufen. O. Kaufmann, Genthin. 2990

Kücheneinrichtungen 1698

v. 600 b. 4000 Mk., Schlafzimmer v. 4500 Mk. an, echt nußb. Wohnzimmer, Schreibtische, Sessel, Plüschsofas, Chaiselongues preiswert

Fey, Schöninger Str. 28

Plüschsofa Pfeilerschr., nßb. 2 Stegtische, nßb. u. mah., 1 Photo-Appar., 18×24, Spieg. m. Goldr., Stehnotenpult 3 Stühle, dkl., 1 Bett, wß., 1 Wandbort, nßb., gebr. ab. f. g. erh., billig zu vk. Alb. Badett, Dreienbrezelstr. 4.

Gebrauchte Möbel ganz billig.

Nußb. u. birk. Kleiderschränke, Vertiko, satin helle Schlafzimmer, Chaiselongues, Stoff- und Plüschdiwans. Möbelhalle Spennemann, Keplerstr. 41, am Blücherpl.

Homöopath. Praxis Maaßen

Prälatenstr. 14, 2 Tr., Ecke Himmelreichstraße. 1572

Sprechstd. 9 bis 4, Sonntags 9 bis 11 Uhr. (Donnerstags keine Sprechstunde).

Harnuntersuchung.

Zylinderhut, Gr. 54, preisw. zu verkauf. Kaiserstr. 9a/99, 1 Tr. r.

Militärstiefel, Gachen und Wäsche all. Art zu kauf. gesucht. Schmiede, Franckestr. 9, pt.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unsrer teuren Entschlafenen sagen wir allen Bekannten und Verwandten für die aufrichtige Teilnahme herzlichen Dank. Besondern Dank den Beamten und Arbeitern der Gas- u. Wasserwerke Buckau, dem Staats- und Gemeindearbeit.-Verband für die schöne Kranzspende. 2984

Magdeburg, d. 18. Juli 1920

Witwe Maria Nitsche nebst Angehörigen.

Unsre liebe Mutter und Großmutter

Frau Förster

Zühlsdorff

wurde am 17. Juli von ihrem langen, schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst. — Ein segensreiches Leben voller Arbeit fand so seinen jähen Abschluß.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Familie Franz Nuß, Wilhelmine Keindorf.

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, M.-Rothensee, Deichwallstraße 9, aus statt.

Von der Reise zurück. E. Seeger, Dentist, Halberstädter Str. 40, I.

Fahrrad (Panther) mit prima Gebirgsvereif. verk. billig Volgt, Papenstr. 15. 2980

2 Reisekörbe, Brautschleier z. vk. Peters, Königst. 19, S. I. II.

Arbeitsmarkt

Zuverlässiges, besseres Kindermädchen zu zwei Kindern, 3 u. 7 Jahre, wird sofort gesucht. 2952 Schlutius, Herderstr. 38.

Vertreter gesucht für Schärfeapparat für Häckselmaschinen, Mk. 9.50, und Sensenschärfeapparat (ersetzt das Dengeln der Sensen) Mk. 17.00, Riesenabsatz, hoher Verdienst, Muster franko. Nachnahme. Rückgabe gestattet. 5 Max Strasser, Erfurt.

Gelernte 1698 **Einwicklerinnen und Tütenklebe rinnen** (Rollerinnen), auch von Schokoladen- u. Keksfabriken gesucht. Robert Brandt, Zichorienfabrik, Halberstädter Straße 43.

Großer billiger

Kurzwaren-Verkauf!

Beginn mit Erscheinen der Annonce.

Auf Extratischen ausgelegt!

Kurzwaren

Ein Posten **Sicherheitsnadeln** sortiert . . . . . Dtzd. 75 ₰

Ein Posten **Stopfpilze** Stück 18 ₰

Ein Posten **Schutzblätter** gute Qualität . . Paar 2.75

Ein Posten **Schuhsenkel** prima Eisengarn Paar 98 78 ₰

Ein Posten **Kinderstrumpfhalter** guter Gummi . . Paar 1.95

Ein Posten **Druckknöpfe** Dutzend 20 ₰

Ein Posten **Hosenknöpfe** Dutzend 22 ₰

Ein Posten **Patent-Hosenknöpfe** Dutzend 48 ₰

Ein Posten **Haubennetze** echt Menschenhaar Stück 2.75

Ein Posten **Strumpfgummiband** beste Ware . . . Meter 4.75

Ein Posten **Miedergurtband**, weiß, mit u. ohne Stäbe Mtr. 35 ₰

Ein Posten **Stickerei** zum Aussuchen durchweg Mtr. 2.95

Außerdem enorm billig Bedarfsartikel

Ein Posten **Putzpomade** soweit Vorrat . Dose 35 ₰

Ein Post. **Mundzahnwass.** durchweg Flasche 1.95

Ein Posten **Schuhcreme** schwarz . . . . Dose 1.95

Ein Posten **Waschblau** Paket 18 ₰

Ein Posten **Heftpflaster** Brief 10 ₰

Ein Posten **Streichhölzer** 5 Pakete 1.70

Ein Post. **Toilettepapier** Rolle 1.45

Ein Post. **Toilettespiegel** mit Griff 3.75

3 Serien Haarspangen

Serie 1	Serie 2	Serie 3
45 ₰	1.25	1.95

3 Posten Zahnbürsten

Posten 1	Posten 2	Posten 3
65 ₰	1.45	2.95

Ein Posten Seitenkämme Stück 1.40

Eierglocken und Teller 8.50

Zitronenpressen Glas . . . . . 95 ₰

Siebkannen grün lackiert 7.50

Butterglocken Glas 7.50

Einmachebüchsen mit Verschluß 1.50

Limonadenlöffel Glas . . . . . Stück 40 ₰

Ein Posten **Bilderrahmen** verschied. Größen Stück 95 ₰

Ein Posten **Bilder** zum Aussuchen Stück 3.50

Kinder-Taschentücher weiß und bunt kariert . . . . . Stück 95 ₰

Damen-Taschentücher weiß Batist, mit Hohlsaum und gestickter Ecke . . Stück 2.95

Herren-Taschentücher Batist, mit bunter Kante . . . . . Stück 4.75

Wischtücher gesäumt . . . . . Stück 4.90

Bettbezüge weiß, aus gut. Wäschestoff Deckbett 98.00 Kissen 26.50

Reste und Abschnitte von Waschstoffen u. Baumwollwaren enorm billig.

Warenhaus

Raphael Wittkowski

Magdeburg, Breiteweg Nr. 61.

Jetzt wieder geöffnet!

Sorgers Gelegenheitskauf

8 Jakobstraße 8 — 8 Jakobstraße 8

1517 Große Auswahl in

Herren-, Burschen- Knaben- und Kinder-Anzügen sowie **Hosen** u. **Arbeiter-Konfektion** zu besonder günstigen Preisen.

8 Jakobstraße 8 **Sorgers Gelegenheitskauf** 8 Jakobstraße 8

Meister Lampe — beliebter — Rauchtabak.

„Elbperle"

das beste Sauerstoffwaschmittel ist immer und überall vorrätig

Otto Braunsdorf

MAGDEBURG

Fernruf Nr 1220. 822

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Geschäftsstelle: Große Münzstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr. — Sonntags geschlossen. — Telephonruf 1912. —

Am Mittwoch den 21. Juli, abends 7 Uhr, im Lokal „Friedrichsluft", Leipziger Straße 52

Vollversammlung

der Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte der Metallindustrie Magdeburgs.

Tagesordnung:

1. Zusammenfassung der Betriebsräte für die Gruppe der Metallindustrie. 2. Wahl des Gruppenrats. 3. Verschiedenes.

Wir verweisen auf die im redaktionellen Teil erscheinende Notiz in der Dienstag-Nummer hin. (Gruppe XI der Metallindustrie). 143

Die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Ortskartell der Afa.

Deutscher Eisenbahner-Verband

Ortsgruppe Schönebeck.

Freitag den 23. Juli, abends 7½ Uhr, in dem kleinen Saale des „Stadtparks"

Mitglieder-Versammlung.

Vortrag des Genossen Tabert: 1696

Unsre jetzige Lage.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener

Mittwoch den 21. Juli 1920, abends 7½ Uhr, in der „Reichshalle", Kaiserstraße 2976

Monatsversammlung

Zwecks Besprechung wichtiger Punkte ist ein zahlreiches Erscheinen sämtlicher Kriegsgefangenen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Fürstenhof-Prunksaal.

Allabendlich 7.30 Uhr

Der phänomenale Varieté-Spielplan!

U. a.

Perzinas Papageien-Kabarett

9 Papageien als Kommandosprecher Lieder- und Couplets-Sänger, Vortragskünstler, Kunstpfeifer, Tierstimmen-Imitator, Baß- und Sopransänger —

Der bei der Truppe befindliche weiße Kakadu ist nachweislich über 80 Jahre alt.

Perzinas Papageien-Kabarett ist die größte und bedeutendste Varieté-Attraktion ihrer Art. Derartige Leistungen sind noch von keinem andern Dresseur erzielt worden.

Dazu die weiteren Schlager!

Viktoria-Theater-Garten

Mittelstraße

Dienstag den 20. Juli, nachmittags 3½ Uhr

Gr. Militärkonzert

Vogelgesang

Großer Rosenflor. 1610

L.F. **:: Lichtspiele ::** L.F.

Fermersleben

2985 **Dienstag bis Donnerstag**

Pola Negri

in dem 2teiligen Detektivschauspiel — 1. Teil

Wanda Barska

5 Akte. 2. Teil 5 Akte.

5 Akte. **Hotel H.** 5 Akte.

Hofjäger

Donnerstag, 22. Juli, nachmittags 4 Uhr

Groß. Kaffee-Konzert

ausgeführt vom Philharmon. Orchester.

Täglich abends 7.30 Uhr

Sensations-Gastspiel

der berühmten

Leipziger Seidel-Sänger 1618

Dir. A. Seidel gen.

Heute Dienstag, zum letztenmal

Gr. Entscheidungs-Ring- u. Boxkämpfe

Ab Mittwoch, 21. Juli

das wunderbare

Abschieds-Programm

Neu! Mondschein-Serenade von dem beliebten — S.-S.-S.-Trio —

Neu! Die große Sensation

Neu! Witwe Delbachen

Neu! Der Rosenkavalier

sowie die beiden entzückenden Komödien

Durch List zum Ziel

und

Die Zwangs-Einquartierung

Außerdem der große bunte Teil.

Vorverkauf bei C. Jacobs, Ulrichsbog.

Täglich nachm. 4 Uhr Garten-Konzert

Städtische Theater.

Viktoria-Theater.

Dienstag den 29. Juli, 7½ Uhr

Alt-Heidelberg.

Mittwoch den 21. Juli

Meine Frau, die Hofschauspielerin.

Stephanshallen

1586 das wirkliche **Volks-Theater.**

Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Reichhalt. kräft. Mittags- u. Abendtisch à 2,25 Mk. **Gast- u. Logierhaus Alte Rose,** Schwertfegerstr. 22. [2800

Zentraltheater

Allabendlich 7¼ Uhr:

Die kleine Hoheit.

119

Englische und deutsche

Zigaretten

nur Ia. bekannte Marken, mit neuer Steuer, gibt äußerst billig ab 2963

Frau Marie Gue

Bismarckstraße 44, 2 Tr.

Mücken-Plage

Schutzmittel gegen Mücken und Stechfliegen

Hof-Apotheke

Breiteweg 158.

Altes Gold, Silber, Platin kauft z. h. Preis **A. Sänger,** Juwelier, 2890 Wilhelmstraße Nr. 17.

Fische billiger

Prima frisch eingetroffen:

Schellfisch Pfd. 1.25

Kabeljau, Seelachs, Dorsch, kleine Schollen Pfd. 1.00, große Schollen, Steinbutt billigst. 2986

Berta Weiß

Große Junkerstraße 8.

Fett-Heringe

kleine, hochfeine delikate ca. 55 Stck. 29.75 Mk.

Rollmöpse

Delikateßware, aff. gewürzt, ca. 65 Stck. 36.50 Mk.

30 Stck., extra groß, 28.— Mk. versendet in Postfässern franko per Nachnahme. Auch Engros in 1/1, 1/2, 1/4 Tonnen.

Heringshaus Hansa

Berlin C 25, Dircksenstr. 42.

Konzert-Haus

Leipziger Straße 62.

Heute Dienstag den 20. Juli 1920

Groß. volkstümliches Konzert

ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Arndt.

Anfang 8 Uhr. 1607

Kammer-Lichtspiele

Heute und folgende Tage 115

Der Kindesraub im Zirkus Buffalo

Der Film der Sensationen

1 Vorspiel und 5 Akte

In der Hauptrolle der beliebteste italien. Darsteller

Albertini.

Der Fluch des Nuri

Liebestragödie eines Verwachsenen — 5 Akte

Gesangseinlage: **Das Lied des Alfames,** gesungen vom Hofopernsänger **Marius Hansen**

Hauptdarsteller: Gertr. Welcker, Grete Weigler, Sadja Gezza, E. Lind, Hans Alders, Ludw. Rex

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr, der Abendvorstellung 8.30 Uhr — Ende 10.45 Uhr.

Panorama-Lichtspielhaus

bis auf weiteres

geschlossen

115 **Die Direktion.**

Tonbild-Theater

Ecke Breiteweg u. Berliner Straße

Heute bis einschließlich Donnerstag

Der Thronfolger

Wahrheitsgetreue Aufzeichnungen seines Kammerdieners. Drama in 1 Vorspiel u. 4 Akten.

In den Hauptrollen:

Eugen Neufeld u. Midy Elliot

Puppchen

Filmkomödie in 3 Akten. — In der Hauptrolle

Hedda Vernon. 115

Verstärktes Orchester.

Beginn Sonntags 3 Uhr. Wochentags 6 Uhr. — Ende 10.45 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

ZL ZL ZL ZL ZL

Zirkus-Lichtspiele

Bis Donnerstag:

Der große Oswald-Bioskop-Film

Der Reigen

ein Werdegang in 6 Akten mit

Asta Nielsen

Konrad Veidt, Ed. v. Winterstein, Irmgard Bern, Theodor Loos.

Die Erbin

Drama in 4 Akten.

M 171 Hauptrolle: Hedda Vernon, Max Ruhbeck, A. Crempin.

Spielzeit 6—10.45. Sonntags 3—10.45.

1576

Raucht Bonitas!

Warzen

Spezialmittel

Hof-Apotheke

Breiteweg Nr. 158, am Ulrichsbogen. 1600

Schutt kann abgeladen werd. Für jede Fuhre 5 Mk. Trinkgeld. Viktoria-Sportplatz, Glüsser Damm. 2980

Alt-Kupfer, Messing, Rotguß, Blei, Eisen, Flaschen, höchste Preise

Rosikalier & Kessin

Tel. 2559 [14 9

Weinberg 15

COLNUCOLL

HOF-APOTHEKE

BREITEWEG 158

Echte Wills **Goldflake**

Capstan u. Players, Navy Cut v. Wills, Cabiaret von Nizkalla, Red Lion und andere Marken hat zu den billigsten Tagespreisen anzubieten. Vert. Sie Preisliste.

Wilhelm Hollmann

Bahnhofstraße 14.

Fernruf 4049. Fernruf 4049.

Umzüge

Fahren aller Art Gepäckbeförderung. 4-r u. zweispännig, übernehm. sofort **Hans Radler,** Schönecker Str. 8. Telephon 5259 und 2475. 1571

Perladin

2312

die Perle der Schuhputzmittel.

Kurt de la Porte

Kontor und Lager Berliner Str. 27. Tel. 5338.

Gehen Ihre Uhren nicht? 1656

Reparaturen gut u. preisw.

Fr. Pöllnitz, Uhrmacherei Schönecker Str. 9a, kein Laden.

Schreibmaschinen-Reparaturen 1573

Verkauf — Miete — Ankauf aller Büro-Hilfsmaschinen.

Ludwig Meyer, Magdeburg

Schwibbogen 7 Tel. 2071.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 167. Magdeburg, Dienstag den 20. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Juli 1920.

Bezirkskonferenz der Ortsausschüsse.

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes im Regierungsbezirk Magdeburg tagten am Sonntag den 18. Juli in der „Reichshalle" in Magdeburg. Die Konferenz wurde von Karl Hoffmann (Magdeburg) gegen 10 Uhr vormittags eröffnet. Sie ist besucht von 67 Delegierten; außerdem sind anwesend die Gauleiter des Transport- und des Landarbeiterverbandes; als Vertreter der Generalkommission Genosse Umbreit (Berlin), als Vertreter der Presse Genosse Nitsch.

Den

Bericht des Sekretärs

gab Genosse Wernicke (Magdeburg). Er empfiehlt den Anwesenden dringend die Ausbildung der zahlreichen neuen Gewerkschaftsmitglieder in wirtschaftlicher Beziehung. Angeschlossen waren 1919 insgesamt 28 Ortsausschüsse, die 142 077 männliche und 22 548 weibliche Mitglieder vertreten. Das Bezirkssekretariat hat im Berichtsjahr 968 Schriftsätze angefertigt. Außerdem fanden Kurse statt für Betriebsräte. Auf allen Gebieten des Ernährungswesens hat das Bezirkssekretariat fruchtbringend die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Ebenso haben die Kriegsbeschädigten durch einen ständigen Vertreter bei den in Frage kommenden Behörden eine nachhaltige Berücksichtigung ihrer Interessen erhalten. An Wahlen stehen bevor die zu den Gewerbegerichten und zur Arbeiterversicherung. Hierbei müssen Rückschläge irgendwelcher Art unter allen Umständen vermieden werden. Ein Hauptaugenmerk müssen die Ortsausschüsse auf die in großer Not lebenden Alters- und Invalidenrentner richten und hier für Besserung sorgen. Zum Schluß ersucht Genosse Wernicke um weitere Einigkeit und Geschlossenheit im Interesse der organisierten Arbeiterschaft (Beifall.)

Den Kassenbericht

gibt Genosse Königstedt (Magdeburg). Die Einnahmen für das 2. Halbjahr 1919 betrugen 7506,49 Mark, die Ausgaben 5305,85 Mark, mithin bleibt Bestand 2200,64 Mark. Für die Opfer des Kapp-Putsches sind 17 617 Mark eingegangen. Die Abrechnung für das 1. Halbjahr 1920 konnte leider nicht fertiggestellt werden. Redner empfiehlt größere Pünktlichkeit bei Absendung von Geldern für das Bezirkssekretariat.

Ueber den derzeitigen Stand und Inhalt der Schlichtungsordnung und die beabsichtigte

Umwandlung der Erwerbslosenunterstützung

in eine weitergehende Erwerbslosenfürsorge verbreitet sich Genosse Umbreit (Berlin).

In der ausgedehnten und sachlich geführten Aussprache wurde der Ausbau der Erwerbslosenfürsorge allgemein gewünscht. Gegen das Vorgehen der Berliner Rechtsanwälte, die das Streikrecht ihrer Angestellten verhindern wollen, sollen alle gesetzlichen Mittel in Anwendung gebracht werden, das Streikrecht zu sichern. Verschiedene Redner wandten sich gegen die Verordnung des Regierungspräsidenten, die eine Verlängerung der Arbeitszeit über die gesetzlich festgelegten 8 Stunden hinaus zuläßt. Alle Maßnahmen, die die Unternehmer gegen die Betriebsräte unternehmen, sollen unverzüglich dem Bezirkssekretariat mitgeteilt werden. Gewünscht wurde, daß die Ortsausschüsse eine Senkung der Lebensmittelpreise anstreben sollen, sowie die Errichtung eines Reichswirtschaftsrats. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Wirtschaftskrise wird empfohlen, eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ins Auge zu fassen.

Nach einem Schlußwort des Genossen Wernicke wurden zwei Entschließungen einstimmig angenommen. Die erste erhebt schärfsten Protest gegen den Bescheid des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 17. Juni 1920, betreffend die Anrechnung der Verbandsunterstützungen auf die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge sowie gegen den Versuch, das Streikrecht der Arbeiter durch den Erlaß einstweiliger Verfügungen aufzuheben. Die zweite Entschließung beschäftigt sich mit Forderungen zum Zwecke vermehrter Arbeitsgelegenheit und verlangt von der Regierung, daß die Interessen der Arbeiter nicht den wucherischen Gelüsten der Agrarier geopfert werden. Ferner wird verlangt, daß die Not der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrentenempfänger durch Gewährung von Zusatzrenten in etwas behoben wird.

Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Angenommen werden von der Konferenz folgende Anträge:

1. Der Beitrag für das Bezirkssekretariat beträgt ab 1. Juli 1920 für männliche Mitglieder 20 Pfg., für weibliche Mitglieder 10 Pfg. pro Jahr.
2. Die Kosten zur Unterhaltung des Bezirkssekretariats werden von der Generalkommission bestritten. Die Mittel sind von den Verbänden im Umlageverfahren zu erheben.
3. Alle in die Arbeitswoche fallenden Feiertage sind zu entlohnen.
4. Das Bezirkskartell hat die Regierung aufzufordern, unverzüglich Mittel zur Unterstützung der Kapp-Opfer bereitzustellen.
5. Das Gewerkschaftskartell fordert vom Bezirkskartell, daß es bei der Regierung schärfsten Protest gegen das in Vorbereitung befindliche Gesetz „Schlichtungs-Ordnung" einlegt.

Nach der Mittagspause referierte in instruktiver Weise Genosse Umbreit über

Das kommende Gesetzbuch der Arbeit.

Redner schilderte eingehend den Beginn, den Werdegang und den derzeitigen Stand der Arbeitergesetzgebung. Wenn früher diese Gesetzgebung lediglich eine Waffe in den Händen der Unternehmer war, so muß in Zukunft ein einheitliches Arbeiterrecht geschaffen werden, worin die Interessen der Arbeiter beiderlei Geschlechts in der weitgehendsten Weise Berücksichtigung finden. Die Notwendigkeit wurde an der Hand der Reichs-Gewerbeordnung und ungezählter Novellen und Verordnungen hierzu nachgewiesen. Nachdem Redner ein Bild von den Umrissen des zukünftigen Arbeitergesetzes gegeben, fordert er auf, tatkräftig an der Umgestaltung des Arbeiterrechts mitzuwirken. Die ganze Sozialisierung, so meinte Redner zum Schlusse, hänge von der Intelligenz und der Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ab. — Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

In der Diskussion über diesen Vortrag wurde bedauert, daß die Arbeiterschaft bei den letzten Wahlen nicht geschlossen aufgetreten und deshalb die Ausführung eines einheitlichen Arbeiterrechts verhindert habe.

Dann sprach Genosse Lochstampfer (Magdeburg) über

Die Zusammenlegung der Betriebsräte.

Redner hielt zunächst eine Schulung der Betriebsräte für nötig und empfahl engsten Zusammenschluß der Betriebsräte und Anschluß an die Gewerkschaften. Bei der Tätigkeit der Betriebsräte dürfe die bedauerliche Spaltung der Arbeiter in keiner Weise in Erscheinung treten. Um die Vorbildung der Betriebsräte vorzunehmen, wird in Aussicht gestellt eine Broschüre, die die Richtlinien über die Organisation und Tätigkeit der Betriebsräte enthält, in einer Auflage von 5000 Stück drucken zu lassen.

In der Diskussion trat allseitig das Bestreben zutage, in der Frage der Betriebsräte gemeinsam zu handeln.

Eine Entschließung im Sinne der Ausführungen des Genossen Lochstampfer fand einstimmige Annahme. Anschließend hieran wurde ein Antrag angenommen, den Bezirksvorstand mit Rücksicht auf die vermehrte Arbeit durch die Organisation der Betriebsräte um acht Mitglieder zu verstärken. Diese Beiratsmitglieder sollen in Aschersleben, Burg, Halberstadt, Quedlinburg, Schnebeck, Staßfurt, Stendal und Wernigerode gewählt werden.

In seinem Schlußwort betonte Hoffmann, daß in Magdeburg eine starke Stimmung für ein einiges Zusammenarbeiten vorhanden sei.

Um 6 Uhr wurde die gut verlaufene Konferenz geschlossen.

Rothensee. Rothensee.

Am Mittwoch den 21. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Gasthaus zur Linde

Oberbürgermeister Beims

in einer öffentlichen Versammlung.

— **Die 15. Sitzung der Stadtverordneten** findet am Donnerstag nachmittag 4¼ Uhr im Altstädter Rathause statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung umfaßt 27, die der nichtöffentlichen 13 Punkte. An wichtigen Vorlagen werden verhandelt die neue Besoldungsordnung der Beamten und ständigen Angestellten, Bewilligung der Kosten für den Ausbau der Kaserne Marck zum Arbeitsamt in Höhe von rund 3 Millionen Mark, Erhöhung des Kredits für die Sanierung der Standpfeiler der Strombrücke und kleinere Vorlagen, wie Straßenbauarbeiten, Schaffung eines Spielplatzes in Rothensee, und Wahlen. —

— **Vom Volksfest auf dem Roten Horn.** Trotz Staub und afrikanischer Hitze schoben und drängten sich am gestrigen Sonntag ungezählte Tausende nach dem idyllisch gelegenen Festplatz am Adolf-Mittag-See, um an dem an Stelle des ehemaligen Schützenfestes veranstalteten Volksfest teilzunehmen. Reich, fast überreich ist der große Rummelplatz mit sogenannten Sehenswürdigkeiten ausgestattet. Unbeschreiblich der Trubel und der Aufwand an Lungenkraft, mit der diese Sehenswürdigkeiten angepriesen und dem lieben Publikum begehrenswert gemacht werden. Fast der gesamte „Lunapark", der seit Monaten in Halensee bei Berlin trotz hoher Eintrittspreise der Treffpunkt der Berliner Ganz- und Halbwelt war, hat auf dem Roten Horn seine Aufstellung gefunden und wie es scheint mit demselben pekuniären Erfolg. Allerdings, mit vier, im höchsten Falle mit acht guten Groschen, mit denen man früher das Schützenfest besucht, ist jetzt nichts mehr zu machen. Wo früher 10 Pfennig Eintrittsgeld erhoben wurden, verlangt man heute 1 bis 2 Mark. Diese erhöhten Preise werden sogar von den bei der kleinen Welt besonders beliebten Karussels genommen. Diesmal sind auch wieder die kleinen Würstchen da, aber wer sich davon etwas leisten will, muß einen tiefen Griff in die Geldtasche tun. Wer aber alles, was dort geboten wird, nur einigermaßen genießen will, braucht einen netten blauen Lappen. Trotzdem waren die Schaubuden, die Trinkstätten, die großen und bekannten Haaseschen Unternehmungen immer stark besetzt. Daneben gibt es auch eine größere Zahl von Veranstaltungen, die lediglich dazu dienen, frohe Stimmung zu erzeugen. Schnorrs „lustige Tonnen" dürften nach dieser Richtung ihren reichlichen Teil dazu beitragen. Beim Motor-Menschen, im Floh-Zirkus, bei den dressierten Zwergpferdchen, dem Eiskönig u. a. m. fanden die „Wissensdurstigen" und Neugierigen kaum Platz. Da durch den inzwischen niedergegangenen Regen die Staubplage gemindert oder so gut wie beseitigt ist, werden wohl in den 14 Tagen, die diesmal das Fest in Anspruch nimmt, viele Tausende den Unterhaltungspark am Adolf-Mittag-See besuchen. —

— **Vom Verein der Mauer- und Zimmerpoliere** für Magdeburg und Umgegend wird uns geschrieben: Zur Aufklärung über den Streik der Mauer- und Zimmerpoliere diene folgendes: Die Mauer- und Zimmerpoliere hatten im vergangenen Jahre mit dem Arbeitgeberbund im hiesigen Baugewerbe einen Lohn- und Arbeitstarif abgeschlossen. In den Verhandlungen war man sich dahin einig geworden, Gesellenlohn und Teurungszulage plus 25 Prozent Zuschlag als Entlohnung für den Polier anzuerkennen. Auf Grund dieser Vereinbarungen wurde der örtliche Tarif anerkannt und als bindend unterzeichnet bis 31. März 1920. Diese Abmachungen wurden vom Arbeitgeberbund bis zum 9. Januar 1920 eingehalten, von da ab weigerten sie sich, den vereinbarten Lohn weiterzuzahlen. Auf eine sofortige nachgesuchte Unterredung verhielten sie sich ablehnend. Die Poliere riefen nun den von beiden Seiten anerkannten unparteiischen Schiedsmann an. Bei dieser Verhandlung stellten sich die Arbeitgeber auf den Standpunkt, die Hälfte von dem den Polieren vorenthaltenen Lohn zu bezahlen, dies wurde von den Polieren abgelehnt und volle Einhaltung des abgeschlossenen Tarifs verlangt. Eine Einigung kam nicht zustande, und die Streikfrage wird dem Oberschiedsgericht in Berlin überwiesen, dessen Entscheid noch aussteht. Da der Tarif mit dem 31. März d. J. ablief, wandten sich die Poliere an den Arbeitgeberverband wegen Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Lohn- und Arbeitstarifs. Auf diesen Antrag antworteten diese überhaupt nicht. Wenn man nun die Eigenart des Baugewerbes sich vor Augen hält, daß der Polier der Vertreter und Vertrauensmann des Arbeitgebers auf der Baustelle ist, dem die ganze Verantwortung des Baues und die Sicherheit der Arbeiter anvertraut ist, so hätte man mindestens erwarten müssen, daß der ihm zustehende Lohn gezahlt würde. Statt dessen versucht man immer mehr, sich von den übernommenen Verpflichtungen zu drücken. Wenn nun von den Arbeitgebern betont wird, daß es ihnen nicht möglich wäre eine Erhöhung des Lohnes eintreten zu lassen, so ist dies nur eine Ausrede, denn eine Statistik unsrerseits hat erwiesen, daß das Einkommen der Arbeitgeber prozentual um das Doppelte gegenüber dem der Arbeitnehmer gestiegen ist. Die Schuld, daß es zu dieser Störung im Baugewerbe angesichts der großen Wohnungsnot kommen mußte, liegt nicht an den Arbeitnehmern. Hätten die Arbeitgeber Verständnis für die wirtschaftliche Lage, und wäre es ihnen um ein friedliches und gedeihliches Zusammenarbeiten mit den Arbeitnehmern im Interesse der Allgemeinheit zu tun, so hätte es zu einer Stillegung des ganzen Baugewerbes nicht kommen dürfen. Aber die Herren verfolgen einen ganz andern Zweck. Wir werden nötigenfalls beweisen, daß das im Baugewerbe geforderte nur ganz bescheiden ist. Sämtliche im Baugewerbe befindlichen Arbeiter sind sich bewußt, daß die Zeiten schwer sind, aber mit etwas gutem Willen hätte sich die Angelegenheit regeln lassen. —

× **Maul- und Klauenseuche.** Auf dem Gehöft Harzburger Straße 6 ist unter den Tieren des Landwirts Otto Hopstock die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. —

— **Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln.** Die Provinzialkartoffelstelle gibt bekannt, daß der Erzeugerhöchstpreis für den Zentner Frühkartoffeln, der laut Bekanntmachung vom 25. Juni 1920 vom 12. Juli an bis auf weiteres auf 32 Mark festgesetzt worden war, vom 25. Juli an 30 Mark beträgt. —

— **Die Gewerbesteuerrolle für den Gemeindebezirk Magdeburg** für das Steuerjahr 1920 liegt während der Zeit vom 28. Juli bis einschließlich 3. August d. J. zur Einsicht der Steuerpflichtigen im Gewerbesteuerbureau, Spiegelbrücke 3, I, während der Geschäftsstunden aus. Die Einsicht ist jedoch nur den Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks gestattet. —

— **Erneuerung des am Niemeyer-Weg gelegenen Zugangs zur Dampfer-Ueberfahrt Stadtpark—Buckau.** Der am Niemeyer-Weg im Rotehornpark vorhandene hölzerne Zugang zur Dampferüberfahrt Stadtpark—Buckau (Sülze-Bahnhof) ist morsch und für stärkern Verkehr zu schmal. Der Magistrat hat daher beschlossen, diesen Zugang zu verbessern. Statt der vorhandenen hölzernen Konstruktion soll eine Rampe angelegt werden, die mit Kleinsteinpflaster auf einer 10 Zentimeter starken Betonunterbettung befestigt wird. Die Rampe ist in 3 Meter Breite vorgesehen. Am obern Ende nach dem Niemeyer-Weg läuft sie in ein 4,50 Meter breites Podest aus. Das hölzerne Geländer ist so konstruiert, daß es abgenommen werden kann. Außerdem ist am Niemeyer-Weg eine Holzbude auf kleinem Fundament vorgesehen zur Einnahme des Fährgeldes für die Ueberfahrt nach Buckau. Die Kosten betragen nach den heutigen Arbeitslöhnen und Materialpreisen 17 100 Mark. Die Stadtverordneten werden um Zustimmung ersucht. —

— **Bei dem Kinderfest im Bezirk Nord** ist eine Kinderhandtasche und eine Zigarrenspitze verloren gegangen. Die Gegenstände sind beim Genossen Holtz, Tischlerkrugstraße 22, abgegeben und können von den Eigentümern abgeholt werden. —

— **Eine Mahnung zur Vorsicht.** Der Kaufmann Paul St. aus Bernburg wollte am Sonnabend einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen besteigen, kam zu Fall und zog sich anscheinend innere Verletzungen zu. Mit einem Krankenwagen wurde St. dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. —

— **Feuer im Kino.** Am Sonnabend abend 9.25 Uhr wurde die Feuerwehr nach Kaiser-Wilhelm-Platz 1 gerufen. Im Vorführungsraum des Lichtschauspielhauses war die Bekleidung der Schalttafel, Filme und Kisten durch Funkenbildung am Widerstand in Brand geraten. Mit einer Schlauchleitung wurde das Feuer bald gelöscht. —

— **Aus dem Fenster gestürzt.** Das Dienstmädchen Elli K. im Hause Kaiser-Otto-Ring 5 fiel am Sonntag nachmittag, wahrscheinlich beim Herausnehmen eines Gazeflügels, aus einem Fenster des ersten Stockwerks. Mit anscheinend innern Verletzungen wurde die K. dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. —

— **Wem gehören die Sachen?** Bei Schaufensterein brechern sind folgende Sachen vorgefunden, die ohne Zweifel aus Diebstählen herrühren: drei längliche Glasschalen, ein Paket Tee „Teekanne", zwei Pakete Nährhafer-Kakao, mehrere Pakete „Molkensüßspeise", Puddingpulver „Alpenglühen", Schmucki (Hamburger Nachspeise), Wasch- und Rasierseife, Lanolinkreme, Kölnisch Wasser in kristallisierter Form und flüssig, Brillantine, Lilienmilch, Stopfgarn in Briefen zu 5 und 1 Gramm, ein weißleinenes Kinderhäubchen, Kinderschürzen und -kragen, Haarspangen, schwarze und weiße Kinderstrümpfe, Schnürbänder, ein brauner gehäkelter Handarbeitsbeutel usw. Diese Sachen liegen bei der Kriminalpolizei, Zimmer 65, zur Ansicht für Bestohlene aus. —

× **Leichenfindungen.** Eine männliche Leiche, etwa 55 Jahre alt, 1,77 Meter groß, kurz geschnittenes blondes Haar, starke Augenbrauen, mit roter Badehose bekleidet, wurde am 17. d. M. am linken Ufer der Alten Elbe gelandet; ein andre männliche Leiche, etwa 20 Jahre alt, 1,72 Meter groß, dunkelblond, bekleidet mit grauer, rot eingefaßter Badehose, am 17. d. M. am rechten Ufer der Stromelbe, nördlich der Eisenbahnbrücke. Die Leichen befinden sich auf dem Westfriedhof. Angaben, die zur Ermittlung der Persönlichkeiten führen können, erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 68, wo auch Photographien der Leichen ausgelegt sind. —

× **Ermittelt und in Haft festgenommen** wurde jene Frau Schröder, die sich auch hier in mehreren Fällen bei Familien zum Ausbessern von Kleidern und Wäsche erbot, sich Geld für Zwirn und sonstige Auslagen geben ließ und damit verschwand, ohne wieder etwas von sich merken zu lassen. Personen, die außer in den bereits zur Anzeige gebrachten Fällen noch in gleicher Weise geschädigt worden sind, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 61, zu melden, wo ein Bild der Schröder zur Ansicht ausliegt. —

× **Pferdediebstahl.** In der Nacht zum 17. d. M. wurde in Bösdorf ein 5jähriger hellbrauner ostpreußischer Wallach mit Stern, vorn und hinten je ein Bein weiß gefesselt, 1,68 bis 1,70 Meter groß, Oberschenkel ältere Narbe, rechte Seite kleine Druckstelle, gestohlen. Angaben, die zur Ermittlung des Diebes oder zur Wiedererlangung des Pferdes führen können, erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 68. Der Bestohlene hat für die Wiederherbeischaffung des Pferdes eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. —

× **Gestohlen wurden:** Aus einer Fabrik in der Großen Diesdorfer Straße eine Handbohrmaschine, eine größere Menge Spiral- und Zentrumsbohrer, Reibahlen, eine Brustleier, eine Rohrzange, Drehherze, Feilen und Feilkloben; aus einer Schule in der Nachtweidestraße eine Regulatoruhr; aus einem Klubhaus an der Elbe altgoldene Samtportièren, Grammophonplatten, Scheibengardinen, Küchenhandtücher, gez. R. C. G.; auf der Straßenbahn eine silberne Zylinderuhr mit Dubleekette; auf dem Bahnhof ein Gepäckstück mit einem weißen und einem grünen Kreppkleid, einem weißen Stickereikleid und mehreren Blusen; aus einer Wohnung am Kroatenweg Tischdecken, gez. M. F., und weiße Bettwäsche; ein Fahrrad „Gloria" Nr. 302872. —

Theater, Konzerte 2c.

Besprechungen.

Viktoria-Theater. Unverwüstlich ist Franz und Paul von Schönthans Schwank „Der Raub der Sabinerinnen", wohl wegen seines unsterblichen Schmierendirektors Emanuel Striese. Dieser Striese wirkt — Karl William Büller zum Trotz — auch dann, wenn man ihn ohne darstellerische Finessen frisch und rund auf die Bühne stellt, wie das Paul Felix tut. Derselbe frische Zug war auch bei den andern Darstellern zu bemerken; Paul Rudolf Schulze, Fritz Schmith, Rudolf Blankertz boten ihr Bestes und Albert Gros, der auch für die Spielleitung verantwortlich zeichnete, gab den guten, alten Professor Gollwitz mit seinem melancholischen Strich. Auch die Damen Ada Blank, Charlotte Berger, Frieda Helm — als kunstbegeistertes Dienstmädchen — und Else Landroy waren ganz bei der Sache. Die zahlreichen Besucher konnten sich an Beifallspenden nicht genug tun. —

Mitteilungen der Direktionen.

Städtische Theater. Viktoria-Theater. Heute Dienstag: Alt-Heidelberg. — Mittwoch: Meine Frau, die Hofschauspielerin. — Donnerstag: Die drei Zwillinge. — Freitag: Der Raub der Sabinerinnen. — Sonnabend: Liebe. — Sonntag: Hans im Glück. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Wilhelmstadt. Dienstag den 20. Juli, abends 8 Uhr, Sitzung der Betriebs- und Bezirksfunktionäre im „Elektrischen Funken". 13/1

Bezirk Alte Neustadt. Dienstag den 20. Juli, abends 7½ Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Zeitungsausträgerinnen bei Görz, Ottenbergstraße.

Bezirk Buckau. Dienstag den 20. Juli, abends 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute in der „Thalia".

Provinz und Umgegend.

Parteinachrichten

Burg. Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Dienstag abend 8 Uhr Fraktionssitzung im „Grand Salon". [2160

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 19. Juli. (Gewerkschaftskartell.) Trotz der kurzen Tagesordnung wurde die Sitzung recht lang und lebhaft. Beraten wurden die Anträge zur Bezirkskonferenz, bindende Beschlüsse jedoch nicht gefaßt. Vom Vorstand des Ortsausschusses Burg wurde ein Dringlichkeitsantrag für diese Konferenz eingereicht, eingehend besprochen und angenommen. Es soll Protest erhoben werden gegen einen Bescheid des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt, der besagte, daß die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften zur Hälfte auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden könne und daß letztere nur auf die Dauer von 26 Wochen zu zahlen sei, wenn die Erwerbslosigkeit aber länger dauere, ein besonderer Antrag an vorerwähnten Minister zu richten sei. Auch wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß man sich auf der Bezirkskonferenz mit der durch die Berliner Rechtsanwälte beantragten Verfügung gegen Streikende und Streikleitungen, die sich gegen den Zentralverband der Angestellten richte, Stellung nehme, um zu verhindern, daß das Verhalten dieser Herrschaften Schule mache und man uns unsre beste Waffe aus der Hand winde. Kenntnis wurde von einer Prüfung der Milch in einzelnen Verkaufsstellen genommen. Nur in einer Verkaufsstelle wurde in der Kanne, aus der gerade verkauft wurde, ein Wassergehalt von 18 Prozent festgestellt, alle übrigen Kannen waren einwandfrei. Ein Kommissionsmitglied klagte über die unverständige Haltung des Publikums bei der Kontrolle. Die Kontrolle werde verlangt und wenn sie ausgeführt würde, sei es auch nicht recht. Die Delegierten standen auf dem Standpunkt, daß die Verkaufsstelle für die Verfälschung der Milch mit einem Strafmandat zu niedrig bestraft sei und sie beschlossen, ein Schreiben an den Magistrat zu richten, daß diese Verkaufsstelle, es handelt sich um Jerichow, Deichstraße, geschlossen wird. Eine längere Diskussion zeitigte die vor 14 Tagen stattgefundene Demonstration gegen die Lebensmittelteurung. Ein Mitglied der Wucherkommission berichtet darüber. In Zerbst habe man eine Preisregulierung vorgenommen und man wollte sie hier nachahmen. Herr Dr. Schöneberg und ein Arbeitervertreter haben in Zerbst feststellen müssen, daß die Preise zwar herabgesetzt worden seien, aber Lebensmittel nicht vorhanden gewesen wären. Im Laufe der Debatte, die sich ab und zu etwas politisch zuspitzte, wird verurteilt, daß die Demonstration nicht vom Kartell, sondern von einzelnen Betriebsräten inszeniert wurde. Auf der andern Seite behauptete man, es würde nur deswegen dagegen Sturm gelaufen, weil die betreffenden Betriebsratsmitglieder zufällig Mitglieder der U. S. P. wären. Deswegen hätten weite Kreise der Arbeiterschaft nicht mitgetan, während demgegenüber festgestellt wurde, daß im Demonstrationszuge nicht nur Anhänger der U. S. P. gewesen seien, sondern auch ein großer Teil unsrer Genossen. Gerügt wurde die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln seitens des Magistrats. War die Debatte bis hierher, wenn auch teilweise etwas erregt, so doch sachlich geführt worden, so ändert sich das Bild mit einem Schlage, als der Kommunist Heisinger als Gast das Wort erbat. Wie er dazu kam, sei kurz geschildert. Unter Geschäftliches kam ein Schreiben vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Burg, zur Verlesung, in dem mitgeteilt wurde, daß die Kartellbeiträge so lange gesperrt seien, wie der Delegierte der Lederarbeiter, Genosse Wiegand, nicht „protokollarisch" (?) ausgeschlossen sei. Durch dieses Schreiben wurde die Angelegenheit Fissel-Wiegand noch einmal aufgerollt. Die Delegierten der Fabrikarbeiter und der Metallarbeiter hatten die vorige Sitzung demonstrativ verlassen, weil Genosse Wiegand ihrem Antrag gemäß nicht ausgeschlossen wurde, wozu die Sitzung ja gar nicht berechtigt war, man wollte erst den gerichtlichen Entscheid abwarten, worauf Wiegand sein Amt freiwillig niederlegte. Damit hielt man die Sache für erledigt. Die Kartellsitzung hielt eine Beitragssperrung für unmöglich und man beschloß, nochmals mit der örtlichen Leitung der Metallarbeiter Fühlung zu nehmen. Sollte diese resultatlos verlaufen, soll dem Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes ausführlich berichtet werden. Der bisherige Metallarbeiterdelegierte Heisinger glaubte nun, auf Grund der Beitragssperrung könnte er nur als Gast teilnehmen, und wollte als solcher das Wort nehmen, um die Lebensmittelteurung mit kommunistischen Schlagwörtern aus der Welt zu reden. Er wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß er immer noch Delegierter sei, erklärte aber dreimal unter allgemeiner Heiterkeit, daß er als „Gast" reden wolle. Er wollte nun seine üblichen Anwürfe gegen unsre Partei vom Stapel lassen, in der Annahme, daß er das auch diesmal ungehindert tun dürfe. Nicht damit gerechnet hat er, daß jede Geduld einmal ein Ende hat. Als Heisinger behauptete, das Kartell sei eine „Quasselbude", da war es vorbei mit der bisherigen Ruhe der Delegierten. Ein Entrüstungssturm brach los, verhinderte ein Weiterreden des Heisinger und machte auch ein Weiterverhandeln einfach unmöglich, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Was lehrt nun dieser Vorgang? Daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit für diese Leute ist, sich anständig zu benehmen und sachlich zu debattieren. Es wird irgendein Grund gesucht und gefunden, um das für das körperliche Wohlbefinden dieser Leute notwendige tägliche Herunterbeten ihrer radikalen Phrasen zu ermöglichen. Oder wollte man eine gewaltsame Entfernung eines Delegierten provozieren, um einen Grund zum Austritt aus dem Kartell zu finden? Da hatte man sich verrechnet! Jeder Zirkus braucht einen Clown, aber schließlich ist doch ein Kartell kein Zirkus, in dem nun mit Gewalt jemand den Spaßmacher abgeben will. Wir fassen die Sache ernst auf und nehmen an, daß nur ernsthafte Männer in das Kartell gesandt werden und es ist dies um so notwendiger, als es dort auch für rrrrrevolutionäre Leute noch eine Menge zu lernen gibt. Jedenfalls hat diese letzte Sitzung des Ortsausschusses wieder bewiesen, daß wir recht hatten mit der nach der vorigen Sitzung ausgesprochenen Vermutung, daß es auf eine Sprengung des Kartells abgesehen ist, wenn man es auch in Abrede stellen will. Daß es dazu nicht kommt, dafür werden die Delegierten sorgen, die sich noch einen klaren Kopf und Verstand bewahrt haben, die noch mit beiden Füßen auf dem Erdboden stehen und noch nicht in höheren Regionen schweben, wie verschiedene Ueberradikalinskis. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Althaldensleben, 19. Juli. (Mitgliederversammlung.) Im Sozialdemokratischen Verein behandelte Genosse Neßler (Magdeburg) das Thema „Die Reichstagswahl und die politische Lage". Seine Ausführungen gaben ein klares Bild über den heutigen Reichstag, dessen Zusammensetzung lediglich auf die Taktik der U. S. P. zurückzuführen ist. Des weitern ging er auf die Friedensverhandlungen in Spa ein und gab Erläuterungen zur Steuergesetzgebung, die zur Aufklärung und Belehrung der Anwesenden sehr beitrugen. In der Aussprache wurden einige Anfragen gestellt und beantwortet. Als Unterkassierer wurde Genosse Bokmann gewählt. — Aehrenlese. Es ist festgestellt, daß die hiesigen Landwirte die Kornfelder nach dem Abernten sofort umpflügen, um zu verhindern, daß die arbeitende Bevölkerung die liegengebliebenen Aehren sammelt. Dieses Vorgehen ist sehr zu bedauern, weil dadurch manche Aehre, die sonst noch gute Verwendung finden könnte, auf diese Weise umkommt. Sollte nicht da unser Herr Landrat durch eine öffentliche Bekanntmachung einwirken können? —

Ebendorf, 19. Juli. (Reuige Diebe.) Der Schlosser Hermann Rudolf und der Arbeiter Paul Heuer führten im Einverständnis mit der Schwester des ersteren, die beim Kaufmann Helmecke in Magdeburg als Dienstmädchen beschäftigt war, bei diesem in der Nacht zum 25. Januar einen Diebstahl aus. Es wurden eine große Anzahl goldene Schmucksachen, Herrenkleidung usw. im Werte von ungefähr 30 000 Mark gestohlen. Die bisher unbescholtenen Angeklagten legten ein volles Geständnis ab. Die hysterisch veranlagte Angeklagte Rudolf war erst nach längerem Widerstande von ihrem Bruder zu der Untreue gegen ihre Herrschaft, die dem Mädchen das allerbeste Zeugnis über ihre bisherige Führung ausstellte, überredet worden. Sämtliche Gegenstände konnten dem Bestohlenen zurückerstattet werden, bis auf einen kostbaren Ring, über dessen Verbleib auch während der Verhandlung keine Aufklärung herbeigeführt wurde. Die Angeklagten beteuern, nichts zurückbehalten zu haben. Auch ihr ersparter Geld haben die Angeklagten zur Entschädigung des Bestohlenen zur Verfügung gestellt. Es wurden unter Zubilligung mildernder Umstände verurteilt: Hermann Rudolf zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Heuer zu 9 Monaten und Else R. zu 5 Monaten Gefängnis. Bei der Urteilsfällung hatte der Gerichtshof zugunsten der Angeklagten angenommen, daß die 1000 Mark von den Angeklagten nicht gestohlen, und der vermißte Ring nicht von ihnen zurückbehalten worden sei. —

Warsleben, 19. Juli. (Wahnsinnige Preisgebote bei Hartobstverpachtungen.) Bei der am Freitag stattgefundenen Verpachtung der Obststrecken an den benachbarten Kreisstraßenabschnitten wurden folgende Höchstgebote abgegeben: Für die Straße Ausleben—Wackersleben 14 000 Mark, Ausleben über Warsleben bis Bahnkreuzung an der Hötensleber Straße 2650 Mark, Bahnkreuzung bis hinter die Barneberger Haltestelle 6000 Mark, Warsleben bis Ueplingen 5200 Mark und Ueplingen bis Badeleber Grenze 3500 Mark. Die Gebote sind gegen das Vorjahr gewaltig emporgeschnellt. So betrug beispielsweise der Pachtpreis für die Strecke Ueplingen bis Warsleben bei ungefähr gleichem Obstbehang im Vorjahr 680 Mark. Nachdem eben erst die ernsten Unruhen im ganzen Reiche gegen die hohen Lebensmittel- vor allem Kirschenpreise vorübergegangen sind, beginnt bei den Verpachtungen der Hartobstchausseen das alte gefährliche Spiel. Es werden wahnsinnig hohe Preise geboten und damit jede Hoffnung auf annehmbare Kleinhandelspreise zuschanden gemacht. Es ist höchste Zeit, daß hier die amtlichen Stellen eingreifen, um im Herbst neue schwere Unruhen zu vermeiden.

Kreis Wanzleben.

Diesdorf, 19. Juli. (Gemeindevertreter-Konferenz.) Im Pichtschen Lokal fand eine Gemeindevertreter-Konferenz statt, an der die Genossen aus Groß- und Klein-Ottersleben, Hohendodeleben und Diesdorf teilnahmen. Genosse Klotsch sprach über „Sozialistische Kommunalpolitik und Steuergesetzgebung". Er wies darauf hin, daß wir verpflichtet sind, auf Grund unsrer Stärke praktisch mitzuarbeiten. In den Vorkriegsjahren ist auf diesem Gebiet sehr viel unterlassen worden. Das muß jetzt nachgeholt werden. Vor allen Dingen verlangen wir Ausbau des Schulwesens, Reglung der Witwen- und Waisenpflege, Ausbau der sozialen Fürsorge, Berufsberatung für Minderjährige und was am nötigsten ist, Reglung des Wohnungswesens. Sämtliche Diskussionsredner stellten sich auf dem Standpunkt, daß es unter den heutigen Verhältnissen schwer halten wird, diese Forderungen restlos zur Durchführung zu bringen. Es ist auch noch nicht festgestellt, was die Kommunen an Reichszuschuß erhalten. Im Schlußwort machte Genosse Klotsch darauf aufmerksam, daß die Kommunen sich mit der Ausbauung verschiedener Steuern mehr beschäftigen müssen. Da die Zeit schon zu weit vorgeschritten war, wurden die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe.

Aschersleben, 19. Juli. (Der Sozialdemokratische Volksverein) hielt am 16. Juli eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Zunächst hielt Genosse Bürgermeister Kloeis einen zweistündigen Vortrag über die neue Reichseinkommensteuer, der mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Der Redner bezeichnete das Reichseinkommensteuergesetz als eine der bedeutendsten Leistungen der Nationalversammlung. Es sei auch nicht richtig, das Gesetz als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft zu bezeichnen, denn auch bei den andern steuerpflichtigen Personen sind viel schärfere Maßnahmen getroffen als früher, um alles Einkommen zu erfassen. Nach einer kurzen Ansprache berichtete Genosse Apelt über die Generalversammlung des Unterbezirks in Halberstadt. Auch hieran knüpfte sich eine Aussprache, die sich hauptsächlich um die Jugendbewegung und deren bisherigen Leiter drehte. Zum Schluß entwickelte sich noch eine lange Aussprache über die Lebensmittelpreise. — Die Kommunisten spielen sich jetzt in der Oeffentlichkeit auf, als wollten sie allen Ernstes die Preise für die Lebensmittel usw. senken. Sie fangen es so an: Sie wählten in einer sehr schlecht besuchten öffentlichen Versammlung nach berühmtem Muster eine Kommission, die beim Magistrat vorstellig werden sollte. Diese erhielt dort die Zusicherung, in der (städtischen) Kommission für das Ernährungswesen mitarbeiten zu dürfen. Obgleich das einigen Kommunisten nicht „revolutionär" genug war, ging die Kommission doch darauf ein. Tags darauf hielten die beiden Kommissionen nun eine gemeinsame Sitzung ab. Erst verlangte die neue Kommission Vorschläge von der alten über die nötigen Schritte; als diese aber erklärte, daß man doch zusammengekommen sei, um die Vorschläge der neuen Kommission zu hören, rückte diese damit heraus. Man könne nicht mehr die Löhne nach den Preisen festsetzen, sondern müsse die Warenpreise nach den Löhnen bemessen. Man müsse einfach in die Geschäfte gehen und vorschreiben, welche (herabgesetzten) Preise verlangt werden dürfen. Als man erwiderte, solche Rechte habe keine Stadtverwaltung, wurde geantwortet, solche Rechte müsse man sich einfach selbst nehmen. Ein Vorschlag von Mitgliedern der alten Kommission, bei einigen Waren die Erstehungskosten zu prüfen, um zu sehen, ob Wucherpreise genommen werden, wurde von den Kommunisten als zu langweilig und unfruchtbar abgelehnt. Schließlich verließen diese die Sitzung mit der Begründung, das Weiterverhandeln habe gar keinen Zweck. In einer erneuten mäßig besuchten öffentlichen Versammlung „protestierten" nun die Kommunisten gegen das Verhalten der Stadtverwaltung und gegen die aus Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzte alte Kommission. Sie wollen nun selbständig zur Senkung der Preise schreiten. Wir sind gespannt. —

Kalbe a. S., 19. Juli. (Ausfuhrverbot.) Der Landrat des Kreises Kalbe hat die Ausfuhr von Frühkartoffeln bei Strafe von 1000 bis 10 000 Mark verboten. —

Kleine Chronik.

Das erste Postflugzeug Berlin—Warnemünde ist am 15., mittags 1.30 Uhr in Johannisthal gestartet und fahrplanmäßig in Warnemünde eingetroffen. —

Einbruch in ein Kinderheim der Quäker. In der Nacht zum Sonnabend wurde in dem kürzlich eröffneten Kinderheim der Quäker in Zehlendorf, dem früheren Seemanns-Erholungsheim, ein Einbruch verübt. Die Einbrecher wurden bei ihrem Tun überrascht, und es gelang ihnen, mit nur einem kleinen Teil der Vorräte zu entkommen, nachdem sie bereits eine größere Anzahl von Kisten mit Lebensmitteln vor das Haus geschafft hatten. Sie wurden von einem Mitbewohner des Hauses gestört, der sofort Alarm schlug und schoß, ohne jedoch jemand zu verletzen. Es ist auch eine Folge des „Stahlbades", daß selbst ein solches Werk der Barmherzigkeit von den Einbrechern nicht verschont wird. —

Schwerer Schiffsunfall in Altona. In der Nacht zum Sonnabend ereignete sich bei der Altonaer Landungsbrücke ein schweres Unglück. Der amerikanische Dampfer „Kermoor" wollte den Hamburger Hafen verlassen, um elbabwärts zu fahren. Plötzlich versagte das Steuer, und das große Schiff wurde gegen die Altonaer Dampfschiffahrtsbrücke gedrückt. Drei große Pfahlgruppen und zwei Verbindungsbrücken sind zerstört; eine Dienstbarkasse der Hafenpolizei wurde in den Grund gedrückt, ebenso mehrere an der Brücke liegende Fahrzeuge. Zwei Polizeiwachtmeister wurden in die Elbe geschleudert, konnten sich jedoch retten. Der Schaden wird auf zwei Millionen Mark angegeben. Der Dampfer „Kermoor" wurde von der Hafenbehörde vorläufig mit Beschlag belegt, bis die Schadenersatzansprüche der Stadt Altona geregelt sind. Der gesamte Verkehr an der Brücke ist vorläufig gestört. —

Doppelselbstmord im Seebad Misdroy. Im Strandhotel in Misdroy wurden der Kaufmann Fritz Krüger und die geschiedene Frau Elisabeth Bellmüller aus Berlin-Wilmersdorf als Leichen aufgefunden. Es handelt sich um einen Doppelselbstmord. Beide hatten Gift genommen, die Frau hatte sich außerdem eine Kugel in den Kopf gejagt. Krüger hat einen Brief hinterlassen, aus dem hervorgeht, daß er in einem Berliner Geschäft größere Veruntreuungen verübt hat. —

Explosion in einem Hochofen. Am Donnerstag abend explodierte im Stahlwerk des Huldschinskywerkes bei Gleiwitz im Martinofen ein Sprengkörper. Der obere Teil des Ofens wurde weggerissen und das Dach stark beschädigt. Umherfliegende Splitter verletzten zwei Arbeiter schwer und drei leicht. —

Vereins-Kalender.

Naturheilverein Buckau. Mittwoch den 21. Juli, abends 7½ Uhr, im Vereinslokal Monatsversammlung und hypnotischer Experimentalvortrag. [2161

Wasserstände.

	Elbe.	Fall	Wuchs
Pardubitz	18. 7.	— 0,45	0,23 —
Brandeis	„	+ 0,45	0,17 —
Melnik	„	+ 0,4	0,12 —
Leitmeritz	„	+ 0,7	0,08 —
Aussig	„	—	— —
Dresden	19. 7.	— 1,30	0,05 —
Torgau	„	+ 0,71	0,11 —
Wittenberg	„	+ 1,22	0,13 —
Roßlau	„	+ 1,26	0,10 —
Aken	18. 7.	—	— —
Barby	19. 7.	+ 1,20	0,17 —
Magdeburg	„	+ 0,98	0,09 —
Tangermünde	„	+ 1,72	0,07 —
Wittenberge	„	+ 1,45	— 0,06
Lenzen	18. 7.	—	— —
Dömitz	„	+ 0,81	— 0,05
Darchau	17. 7.	+ 0,59	0,01 —
Botzenburg	18. 7.	—	— —
Hohnstorf	19. 7.	+ 0,80	— 0,03

	Saale.	Fall	Wuchs
Döben	19. 7.	—	— —
Grochlitz	19. 7.	—	— —
Trotha	„	+ 1,44	— 0,02
Bernburg Ütp.	„	+ 0,60	0,10 —
Kalbe Oberpegel	„	+ 1,40	0,04 —
Kalbe Unterpegel	„	+ 0,05	0,04 —
Gritzehne	„	+ 0,13	0,07 —
Havel.			
Brandenburg Oberpegel	18. 7.	+ 2,00	— —
Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,74	— 0,02
Rathenow Oberpegel	„	+ 1,37	— —
Rathenow Unterpegel	„	+ 0,17	— —
Havelberg	„	+ 1,5[illegible]	— 0,01

Wettervorhersage.

Dienstag den 20. Juli: Aufheiternd, trocken, tagsüber wärmer. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100000 fach bewährt
– Preis M. 2,50. –
In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Herm. Lorenz, Alter Markt. A1

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Jullien. Nachdruck verboten.

(28. Fortsetzung.)

„Sie vergessen," warf Gilbert ein, „daß die Welt heute voll von nationalen und internationalen Ungerechtigkeiten steckt, voll von giftigen Eiterbeulen, und die alle zusammen platzen werden, sobald Sie ihnen die Möglichkeit geben, an ein internationales Recht zu appellieren."

„Um so besser. Welches Uebel sehen Sie darin. Man übertreibt übrigens die Schwierigkeit, diese Uebel zu heilen. Nehmen wir zum Beispiel eins der schwierigsten Probleme, das von Elsaß-Lothringen."

„Ja, ganz recht!" rief Gilbert aus. „Wie können Sie hier gerecht sein und Frankreich und Deutschland zugleich zufriedenstellen?"

„Vergessen Sie nicht Elsaß-Lothringen dabei," sagte Wilhelm milden Tones. „Warum soll Elsaß-Lothringen absolut deutsch oder französisch sein? Fragen Sie einmal mich, ob ich meinen Vater oder meine Mutter mehr liebe, weil meine Mutter eine Deutsche war und mein Vater ein Franzose. Lassen Sie doch Elsaß-Lothringen bei Deutschland und geben Sie es zugleich Frankreich wieder; es ist das Kind beider Nationen. Und das ist keine Erscheinung, die einzig ist. Es gibt zahlreiche Länder, deren Ursprung und Lage ähnlich sind. Es gibt Uebergangsländer, Kinder von zwei und mehreren Kulturen, zwischen den lateinischen und den germanischen Völkern, zwischen den germanischen und slawischen Völkern, zwischen den slawischen und lateinischen Völkern, zwischen Völkern gleicher Rasse, ohne von den Enklaven fremder Rassen und Völker zu sprechen.

Bisher hat die Gewalt allein auf unsichere Zeit entschieden, wem von den rivalisierenden Eltern ihr Kind gehören wird. Statt der Eintracht unter den Eltern war Zwietracht, Scheidung.

Nun, ich denke mir, daß eins der ersten Gesetze des internationalen Parlaments ein Statut für diese Uebergangsländer sein wird, deren Existenz wir nicht zu bedauern haben, sondern uns darüber freuen sollten. Dieses Statut wird etwas schaffen, was man Bündnisländer nennen könnte. Ihre Bevölkerung wird entscheiden, ob sie sich als Bündnisländer konstituieren wollen. Sie werden eine lokale Selbstverwaltung haben und mit den Ländern, denen sie angehören, Post-, Zoll- und Bürgergemeinschaft haben, das heißt, ihre Bewohner werden ohne weiteres in den Ländern, denen sie angeschlossen sind, die Bürgerrechte genießen, sobald sie sich dort niederlassen, wie auch die Staatsangehörigen dieser Länder in ihren Bündnisländern.

Und glauben Sie mir, mein Freund, da es keine Diplomatie, keine Sonderverträge, die einander Opposition machen, mehr geben wird, da das internationale Recht die nationale Sicherheit gewährleisten wird, werden diese Fragen viel von ihrer Schärfe verlieren, bevor sie noch gelöst sein werden. Und die Völker, die sich seit Jahrhunderten diese Grenzländer streitig gemacht haben, werden sich durch diese Länder aus freiem Herzen einigen. Und die einträchtige Verständigung wird um so tiefer, um so reiner sein und um so spontaner hervorquellen, als die Völker unglücklicher waren durch einen seit langem künstlich genährten Haß.

Ja, die Eiterbeulen werden aufbrechen! Und die Menschheit, die, erleichtert, gesundet, im vollen Wiederbesitz ihres Gleichgewichts der Kräfte und des Geistes, alle ihre Kräfte und Fähigkeiten entfaltet, wird mit schwingendem Schritt im strahlenden Frieden vorwärts schreiten. Mein Freund, weinen wir nicht zu sehr über dieses allgemeine Morden, denn wir, die wir das grausigste Grauen gesehen haben, wir werden auch sehen und leben das Glück im Frieden.

Und dieser Frieden, mein Freund, der endlich der wahre Frieden sein wird, befreit von der Bangigkeit eines blutigen Morgens und schwächender Rüstungen, wird das Aufblühen von Reichtümern bringen, die wir kaum ahnen können. Das Genie der Menschheit, seit Jahrhunderten gefesselt an der Erfindung von Kriegsmaschinen, wird nur mehr Friedensmaschinen zeugen. Die Milliarden, dem Moloch dargebracht als Opfer von der um ihre eigne Zerstörung sich mühenden Menschheit, diese Milliarden wird die befreite Menschheit zur Begründung und Entfaltung ihres Glückes verwenden.

Die Völker, die bisher einander beständig bewachten, belauerten, die sich mißtrauisch in sich selbst verschlossen, aus Furcht, durch die Gewalt unterdrückt oder ihrer Eigenart durch die Macht und die Hinterlist beraubt zu werden, künftig der vollen Entwicklung ihrer Eigenschaften gesichert, werden einander gegenseitig bereichern durch den Fortschritt ihrer Kultur, ohne Bedauern, ohne Hintergedanken, ohne Furcht, ihr Eigentum zu verlieren.

Und von der Menschheit wird zum Himmel, gereinigt vom unheimlichen Gott des Krieges, die Harmonie des völligen Gleichklangs der gesamten menschlichen Familie aufsteigen."

(Fortsetzung folgt.)